

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte Schlüsselereignisse von 1989 bis 2017 Band 10

## Das Märchen von Souveränität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ...

**Band 10/103**

### Die Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands, Teil 1

Noch sitzt Ihr da oben, Ihr feigen Gestalten. Vom Feinde bezahlt, und dem Volke zum Spott! Doch einst wird wieder Gerechtigkeit walten, dann richtet das Volk, dann gnade Euch Gott!

*Theodor Körner (1791-1813, deutscher Dichter)*

Erich Honecker (Staats- und Parteichef der DDR) stattete der Bundesrepublik Deutschland vom 7. bis zum 11. September 1987 einen offiziellen Staatsbesuch ab.

Erich Honecker betonte damals während seiner Rede in Bonn (x092/1136): >>Die Entwicklung unserer Beziehungen ... ist von den Realitäten dieser Welt gekennzeichnet und sie bedeuten, daß Sozialismus und Kapitalismus sich ebensowenig vereinigen lassen wie Feuer und Wasser ...

Wenn wir gemeinsam hinwirken, ... dann wird auch der Tag kommen, an dem Grenzen uns nicht mehr trennen, sondern vereinen, so wie uns die Grenze zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen vereint.<<

Michail Gorbatschow (Generalsekretär der KPdSU) wurde am 1. Oktober 1988 zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet gewählt. Gorbatschow, der als Reformler galt, wußte damals längst, daß er die zunehmenden Versorgungsengpässe in der Sowjetunion ohne westliche Hilfe nicht lösen konnte.

Die sowjetische Regierung beschloß am 27. Juli 1989, daß die 3 baltischen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen ab 1990 wirtschaftliche Autonomie erhalten sollen.

Am 11. September 1989 ließ die ungarische Regierung die Grenzen nach Österreich öffnen. Danach flohen innerhalb von 3 Tagen rund 15.000 DDR-Bürger nach Österreich bzw. in die Bundesrepublik (x175/820).

In Leipzig wurde am 2. Oktober 1989 die bisher größte Demonstration (rd. 20.000 Teilnehmer) durch Volkspolizisten gewaltsam beendet.

Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow forderte die SED-Führung am 6. Oktober 1989 anlässlich des 40. Jahrestages der DDR-Gründung indirekt auf, Reformen einzuleiten ("Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben" ...).

In Leipzig duldet die SED-Regierung am 9. Oktober 1989 erstmals eine Demonstration von 50.000-70.000 Teilnehmern ("Wir sind das Volk - keine Gewalt ...").

Am 18. Oktober 1989 trat Staats- und Parteichef Erich Honecker (1912-1994) zurück und wurde durch Egon Krenz abgelöst.

Über 1.000.000 Ost-Berliner demonstrierten am 4. November 1989 für Freiheit und Demokratie (x175/820). Es war die größte freie Demonstration, die jemals in der DDR stattfand.

Während dieser Demonstration am 4. November 1989 hielten bekannte Persönlichkeiten auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz leidenschaftliche Ansprachen (x298/242): >>... (Stefan Heym, Schriftsteller:) Liebe Freunde, Mitbürger, es ist, als habe einer die Fenster aufgestoßen nach all den Jahren der Stagnation, der geistigen, wirtschaftlichen, politischen. Den Jahren von Dumpfheit und Mief, von Phrasengewäsch und bürokratischer Willkür, von amtlicher Blindheit und Taubheit. Welche Wandlung! (Klatschen)

Vor noch nicht 4 Wochen die schön gezimmerte Tribüne hier um die Ecke mit dem Vorbeimarsch, den Bestellten vor den Erhabenen! (Applaus)

Und heute – heute Ihr, die Ihr Euch aus eigenem freien Willen versammelt habt, für Freiheit und Demokratie und für einen Sozialismus, der des Namens wert ist. ...

Einer schrieb mir, und der Mann hat recht, wir haben in den letzten Wochen unsere Sprachlosigkeit überwunden und sind jetzt dabei, den aufrechten Gang zu erlernen. (Applaus)

Und das, Freunde in Deutschland, wo bisher sämtliche Revolutionen danebengegangen waren. Und wo die Leute immer gekuscht haben. Unter dem Kaiser. Unter den Nazis. Und später auch. (Starker Applaus)

Aber sprechen, frei sprechen, gehen, aufrecht gehen – das ist nicht genug. Laßt uns auch lernen zu regieren. (Applaus)

Die Macht gehört nicht in die Hände eines einzelnen, oder ein paar weniger oder eines Apparates oder einer Partei. (Starker Applaus)

(Christa Wolf, Schriftstellerin:) Zu Huldigungsvorbeizügen ... werden wir keine Zeit mehr haben. (Starker Applaus)

Dies ist eine Demo, genehmigt, gewaltlos. Wenn sie so bleibt bis zum Schluß, wissen wir wieder mehr über das, was wir können. Und darauf bestehen wir dann. (Starker Applaus)

Ein Vorschlag für den 1. Mai: Die Führung zieht am Volk vorbei. (Zurufe, Klatschen, starker Applaus)

Alles nicht von mir. Das ist literarisches Volksvermögen. Unglaubliche Wandlung. Das Staatsvolk der DDR geht auf die Straße, um sich als Volk zu erkennen. Und dies ist für mich der wichtigste Satz dieser letzten Wochen – der tausendfache Ruf: Wir sind das Volk! (Starker Applaus)

Eine schlichte Feststellung, und die wollen wir nicht vergessen. (Applaus)

(Steffie Spira, Schauspielerin:) Ich wünsche mir für meine Enkel, daß sie aufwachsen ohne Fahnenappell, ohne Staatsbürgerkunde, und das keine Blauhemden mit Fackeln an den hohen Leuten vorbeigehen. (Starker Applaus)

Ich habe noch einen Vorschlag: Aus Wandlitz (Waldsiedlung der führenden SED-Politbüromitglieder) machen wir ein Altersheim! (Starker Applaus)

Die über 60- bis 65jährigen können jetzt schon dort dort wohnen bleiben, wenn sie das tun, was ich jetzt tue – Abtreten! (Starker, langanhaltender Applaus) ...<<

Die SED-Führung (Egon Krenz) verkündete am 9. November 1989 die Grenzöffnung nach Westdeutschland und West-Berlin.

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete später (im Juni 2009) über die Wiedervereinigung West- und Mitteldeutschlands (x878/...): >>**Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jahrhundert? ...**

### **Kontinuitäten**

... 1989/1990 konnte das kurze Zeitfenster genutzt und die staatliche Einheit Deutschlands unter den einmalig günstigen Umständen wieder hergestellt werden. Die friedliche Revolution der ostdeutschen Bevölkerung von 1989 schuf eine Voraussetzung. Allein entscheidend war sie aber nicht. Die außenpolitischen Kontinuitäten und Interessendifferenzen traten offen zutage. Die deutsche Einheit war kein Selbstläufer, es gab Widerstände.

Vor allem von britischer Seite. Frau Thatcher tat so ziemlich alles, was in ihrer Macht stand, um die Wiedervereinigung zu verhindern. Frankreichs Präsident handelte hinter den Kulissen ebenso. Noch in letzter Minute versuchte er u.a. mit einer Reise nach Kiew und einem dortigen Treffen mit Kreml-Chef Gorbatschow den Lauf der Dinge zu bremsen, um Zeit zu gewinnen und die Entwicklung zu steuern. Allerdings fehlte den ehemaligen Entente-Mächten Großbritannien und Frankreich wie 1918/1919 der Partner im Osten.

Wie Ende des Ersten Weltkriegs war Rußland handlungsunfähig. 1917 hatte die russische Revolution für einige Jahre ein Machtvakuum verursacht. Siebzig Jahre später begann die Sowjetunion ab 1987/1988 zu erodieren und implodierte Anfang der 90er Jahre völlig. Moskau war in dieser Situation nicht imstande und nicht mehr willens, die Entwicklung in Mitteleuropa zu steuern oder aufzuhalten. Rußland zog sich nach der Überspannung und Überbeanspruchung seiner Kräfte in der Sowjetzeit freiwillig hinter seine Grenzen zurück.

Ausschlaggebend für den Erfolg des deutschen Strebens nach Wiedervereinigung waren die USA. Die Weltlage hatte sich seit 1914 in der Tat dramatisch verändert. Die europäischen Mächte waren nicht mehr allein Herr der Entscheidungen. Schon im Ersten Weltkrieg hatten die USA mit ihrem Kriegseintritt 1917 den Ausschlag für den Kriegsausgang zugunsten der Entente gegeben. Im Zweiten Weltkrieg wurden sie im Westen absolut dominant und die Briten sahen sich gezwungen, der US-Politik als Juniorpartner zu folgen. Nach 1945 entstand ein Patt zwischen den USA und der Sowjetunion, das bis 1989/1990 hielt.

Die USA wurden mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion alleinige Weltmacht, eine Situation, die sie tatkräftig zur Zurückdrängung Rußlands nutzten. Im Kontext dieser Entwicklung sahen die USA die Möglichkeit, ihre Interessen über die deutsche Wiedervereinigung zu fördern. Der Gleichklang deutscher und amerikanischer Interessen in Europa war für beide von Nutzen. Dasselbe galt für den Balkan beim Verfallsprozeß Jugoslawiens. Großbritannien und Frankreich mußten hinnehmen, daß nicht nur die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs, die sog. Nachkriegsordnung von 1945 aufgelöst wurde. Mit Jugoslawien zerbrach auch ein wichtiger Teil der Versailler Nachkriegsordnung von 1919. Für Regierungen, die wie Frankreich und Großbritannien ihre Außenpolitik nicht kurzatmig sondern langfristig ausrichten, war diese Entwicklung ein Schlag ins Gesicht.

Gemildert, wenn auch nicht völlig entschärft, wurden die Interessendifferenzen zwischen dem wiedervereinigten Deutschland und seinen westlichen Nachbarn durch die Europäische Union. Seit der Gründung der Montan-Union 1951/1952 und den Römischen Verträgen von 1957 war Westeuropa ökonomisch zusammengewachsen und hatte - wie Rathenau 1914 richtig erwartet hatte - gemeinsame wirtschaftliche Interessen entwickelt. Die Europäische Union hielt der Belastungsprobe der Umbruchjahre 1989/1990 stand. Ein vielfältiges Beziehungsgeflecht und eine tatkräftige Europapolitik verhinderten Widerstände gegen die deutsche Einheit, wozu es nicht nur aus London und Paris sondern etwa auch aus den Niederlanden und Italien Ansätze gab.

Der gemeinsame Auf- und Ausbau Europas richtete den Blick auf die Zukunft und dämpfte Befürchtungen, die aus der Vergangenheit kamen. Dazu gehörte die Einführung der gemeinsamen Währung. Auch war Deutschlands Dynamik im Vergleich zur Zeit vor dem Ersten Weltkrieg nicht mehr dieselbe. Die zwei verlorenen Weltkriege hatten deutsches Selbstbewußtsein gekostet. Die demographische Entwicklung war im Gegensatz zur Zeit vor 1914 seit 1970 negativ, was auf längere Sicht zu einem Abbruch der ökonomischen Dynamik führen mußte und geführt hat. Deutschland war im europäischen Sinne "domestiziert". Die Kurzformel lautete: kein "deutsches Europa" sondern ein "europäisches Deutschland". ...

### **Deutsche Interessen nach 1990**

Ein innereuropäischer Interessenausgleich wäre 1989/1990 nicht möglich gewesen ohne die USA. Die Interessen und der Einfluß der USA überlagerten seit Ende des Zweiten Weltkriegs

das alt-europäische Machtgefüge. Europa hatte seine beherrschende Weltstellung verloren. Gleichwohl gilt, daß Deutschland in der Kontinuität der großen Linien der Interessendefinition von Walther Rathenau steht: wirtschaftlicher und politischer Ausgleich im Westen mit Frankreich, wirtschaftliche und damit politische Integration Europas und enge wirtschaftliche Kooperation mit Rußland. Das entscheidende Novum ist der Einfluß der außereuropäischen Macht der USA in Europa, der nach dem Zerfall der Sowjetunion noch deutlicher wurde.

Deutsche Politik ist gut beraten, die Interessenkongruenz deutscher und US-amerikanischer Interessen in Europa im Auge zu behalten und zu erhalten. Der Fehler, den deutsche Politik Ende des 19. Jahrhunderts machte, als sie den Rückversicherungsvertrag mit dem Zarenreich nicht verlängerte und damit die russische Unterstützung oder zumindest Neutralität gegen wachsende russische Feindseligkeit eintauschte, darf gut hundert Jahre später nicht gegenüber den USA wiederholt werden. Es wird, wie im Irak-Krieg 2003, immer wieder unterschiedliche politische Einschätzungen geben. Den deutsch-amerikanischen Grundkonsens sollte aber deutsche Außenpolitik nicht in Frage stellen. Der Schaden für Europa wäre groß. Die Spaltung in "neues" und "altes" Europa von 2003 wäre dann der Vorbote für kommende Zwistigkeiten, die das Projekt Europa zurückwerfen.

Die Beziehungen zu Rußland bleiben für Deutschland von vitalem Interesse. Das legen schon historische Erfahrungen nachdrücklich nahe. Rathenau hatte den Frieden von Brest-Litowsk vom 3. März 1918 kritisiert, bei dem sich die deutsche Oberste Heeresleitung im Verein mit Vertretern radikaler Kriegsziele gegenüber der jungen Sowjetmacht durchgesetzt hatte. Betrachtet man die heutige Lage aus den Sicht Moskaus, so bemerkt man unschwer, daß sie derjenigen von Brest-Litowsk 1918 sehr nahe kommt. Die baltischen Staaten, die Ukraine, Georgien sind als unabhängige Staaten wiederum aus dem russischen Staatsverband heraus gelöst, Finnland und Polen seit 1919 ohnehin.

Rußland ist weit zurückgedrängt. Es beklagt - ähnlich wie das Deutsche Reich nach dem Versailler Vertrag 1919 im Hinblick die Millionen Deutschen in den abgetrennten Gebieten -, daß nunmehr Millionen Russen außerhalb der eigenen Grenzen leben. Allerdings ist dies nicht die Folge eines Diktatfriedens wie in Brest-Litowsk, sondern der freiwilligen Selbstauflösung der Sowjetunion. Wer mit Rußland langfristig tragfähige Beziehungen pflegen will, sollte dennoch dieses politische Umfeld immer präsent haben. Für die deutsche Politik gilt, daß enge wirtschaftliche Kooperationen mit Rußland, wie sie schon Rathenau gefordert hatte, helfen können. Auch die Frage einer Ausdehnung der NATO und US-amerikanischer Präsenz in Osteuropa ist in diesem Kontext zu sehen und zu bewerten.

Eine Dauerlösung sind entscheidender Einfluß und Präsenz der USA in Europa nicht. Es muß Ziel der Europäer sein, die Probleme in Europa selbst zu lösen. Nach Außen und nach Innen stabilisierend wird der Auf- und Ausbau der Europäischen Union wirken, die über die Ökonomie hinaus zu einem handlungsfähigen Subjekt der internationalen Politik in der entstehenden multipolaren Welt werden muß. In dem Maße wie das gelingt, kann sich Europa von den USA emanzipieren, können die USA in Europa entlastet werden. ...<<

Bürgerrechtler forderten am 26. November 1989, die Eigenständigkeit der DDR zu verteidigen (x303/171): >>... Gewaltfrei durch Massendemonstrationen hat das Volk den Prozeß der revolutionären Erneuerung erzwungen. ...

Entweder können wir auf der Eigenständigkeit der DDR bestehen und versuchen, ... in unserem Land eine solidarische Gesellschaft zu entwickeln, in der Frieden und soziale Gerechtigkeit, Freiheit des Einzelnen, Freizügigkeit aller und die Bewahrung der Umwelt gewährleistet sind.

Oder: Wir müssen dulden, daß ... über kurz oder lang die DDR durch die Bundesrepublik vereinnahmt wird.

Laßt uns den ersten Weg gehen!<<

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 27. November 1989 über ein Gespräch mit dem SPD-Politiker Oskar Lafontaine.

Im Verlauf dieser Unterredung lehnte es Lafontaine ab, deutsche Spätaussiedler aus Rußland, Rumänien, den deutschen Ostgebieten und der DDR aufzunehmen (x268/186): >>Ist es richtig, daß wir allen Bürgern aus der DDR, allen Bürgern Polens, die deutscher Abstammung sind, oder den anderen, die in der Sowjetunion, Rumänien oder anderen Staaten Osteuropas leben – daß wir all denen den Zugriff auf die sozialen Systeme der Bundesrepublik einräumen: Kindergeld, Kranken- und Arbeitslosengeld, Renten? ...<<

Am 22. Dezember 1989 wurde in Ostberlin das Brandenburger Tor geöffnet.

In der DDR fanden am 18. März 1990 die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR statt - "Allianz für Deutschland" aus CDU, DSU und DA = 48,2 %, SPD = 21,8 %, PDS = 16,3 % ... -. Die Wahlbeteiligung lag bei 93,2 % (x101/173).

Das niederländische Wochenmagazin "Elsevier" veröffentlichte am 7. April 1990 ein Interview mit dem polnischen Politiker Lech Walesa (seit Dezember 1990 bis Ende 1995 Staatspräsident) über die polnischen Sorgen nach der deutschen Wiedervereinigung (x309/45): >>... Falls die Deutschen von neuem Instabilität in Europa verursachen sollten, in welcher Form auch immer, dann wird es in Zukunft nicht mehr zu einer Teilung Deutschlands kommen, sondern wird Deutschland von der Landkarte ausradiert werden. Mit der fortgeschrittenen Technologie sind Ost und West gemeinsam imstande, dieses Urteil zu vollstrecken. Falls Deutschland nochmals beginnt, gibt es keine andere Lösung. ...<<

Der Deutsche Bundestag in Bonn und die DDR-Volkskammer in Ost-Berlin verabschiedeten am 21. Juni 1990 den Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Ferner wurde eine EntschlieÙung über die endgültige Anerkennung der polnischen Westgrenze (Oder-NeiÙe-Linie) verabschiedet.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die Bundestagsdebatte vom 21. Juni 1990 "Erklärung der Bundesregierung zu den deutsch-polnischen Beziehungen bzw. Anerkennung der Oder-NeiÙe-Linie" (x160/12): >>... Ein herausragender jüdischer Humanist, der britische Schriftsteller und Verleger Victor Gollancz (1893-1967, Mitbegründer des Nationalkomitees für die Rettung der Opfer des Naziterrors und entschiedener Gegner der "deutschen Kollektivschuld"), hat über die Kollektivschuld-Ideologie gesagt, was dazu zu sagen ist:

"Sie stützt sich - bestenfalls - auf gänzliche Unkenntnis der psychologischen und wissenschaftlichen Tatsachen und läÙt sich in einer halben Stunde durch Zuhilfenahme jedes beliebigen Lehrbuches der europäischen oder Weltgeschichte richtigstellen. Ihr weitgehender Einfluß ist natürlich der Ansteckung durch das nazistische Rassendogma zuzuschreiben. ... Die Vorstellung der "Kollektivschuld" ist - wie der Faschismus - ein Rückschritt zu vorchristlicher Barbarei. Daß anständige und intelligente Menschen sie ernsthaft diskutieren, zeigt, wie sehr uns das, was wir bekämpfen, schon angesteckt und verdorben hat."

Die Bundestagsdebatte vom 21. Juni 1990 endete mit dem Ausruf des Grünen-Abgeordneten Briefs: "Es darf nie wieder Deutschland geben. Nie wieder Deutschland!"

Beifall bei Abgeordneten der Grünen (Seite 17.280 des Protokolls).<<

Der Deutsche Bundesrat stimmte am 22. Juni 1990 dem Staatsvertrag und der EntschlieÙung über die deutsch-polnische Grenze zu.

Die DDR-Volkskammer beschloÙ am 22. August 1990 den Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Deutschen Grundgesetzes (Termin: 3. Oktober 1990).

Vertreter der deutschen Regierungen unterzeichneten am 31. August 1990 in Ost-Berlin den Einigungsvertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Beitrittstermin der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes: 3.10.1990).

In Moskau wurde am 12. September 1990 das Abschlußdokument der "Zwei-plus-Vier-

Verhandlungen" von den Außenministern der beteiligten Länder unterzeichnet.

Bundesaußenminister Genscher gab am 12. September 1990 bei der Unterzeichnung in Moskau folgende Erklärung ab (x101/304-306): >>Dies ist eine historische Stunde für das ganze Europa. Es ist eine glückliche Stunde für uns Deutsche. ...

Am 3. Oktober werden wir, die Deutschen, wieder in einem demokratischen Staat leben - zum ersten Mal nach 57 Jahren.

Am 30. Januar 1933 brach die Nacht des Faschismus über Deutschland herein. Wir verloren zuerst unsere Freiheit, dann unseren Frieden und dann unsere staatliche Einheit. Der von Hitler begonnene Krieg setzte ganz Europa in Flammen. In seiner Rede vom 8. Mai 1985 hat sich Bundespräsident Richard von Weizsäcker zu unserer Verantwortung bekannt.

Wir gedenken in dieser Stunde aller Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft. Wir gedenken des unendlichen Leids der Völker, nicht nur derjenigen, deren Vertreter um diesen Tisch versammelt sind. Unsere Gedanken gelten dabei in besonderer Weise dem jüdischen Volk. Wir wollen, daß sich dies niemals wiederholen wird. ...

Weniger als zwölf Monate nach der friedlichen Freiheitsrevolution in der DDR wird sich die Vereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit vollziehen, in einem Europa, das dabei ist, seine Einheit wiederzufinden.

Die abschließende Regelung verbindet mit der Herstellung der deutschen Einheit die Beendigung der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes. Das vereinte Deutschland erhält damit volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.

Wir werden diese Souveränität in europäischer Friedensverantwortung wahrnehmen.

Die abschließende Regelung ist ein Dokument des Friedenswillens aller Beteiligten. Es weist in eine bessere europäische Zukunft.

Ich danke Präsident Gorbatschow, Präsident Bush, Präsident Mitterrand und Premierministerin Thatcher für ihre Beiträge.

Es vollendet sich, was in der Präambel unseres Grundgesetzes verankert wurde. Es wird verwirklicht, was Frankreich, die Vereinigten Staaten von Amerika und das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland im Deutschlandvertrag von 1954 zugesagt haben.

Es erfüllt sich, was wir mit dem Brief zur deutschen Einheit beim Abschluß des Moskauer Vertrages als Ziel unserer europäischen Friedenspolitik bekräftigt haben.

Wir sind uns bewußt, daß erst die Festlegung wesentlicher Elemente einer europäischen Friedensordnung den Interessenausgleich ermöglicht hat, der in der abschließenden Regelung zum Ausdruck kommt. Im Bewußtsein der Chance, jetzt die Spaltung unseres Kontinents zu überwinden, ist es uns in einer großen gemeinsamen Anstrengung gelungen, innerhalb weniger Monate die Voraussetzungen für einen Rahmen neuer Stabilität in Europa zu schaffen. ...

Wir Deutschen wollen mit der wiedergewonnenen nationalen Einheit dem Frieden dienen, und wir wollen zur Einigung Europas beitragen. So steht es in der Präambel des Grundgesetzes. Auch der Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekundet unseren Willen, "durch die deutsche Einheit einen Beitrag zur Einigung Europas und zum Aufbau einer europäischen Friedensordnung zu leisten".

In dem Vertrag, den wir schließen, bekräftigen wir Deutschen, daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird. Die Politik des vereinten Deutschlands wird bestimmt von der Friedenspflicht unseres Grundgesetzes und des Einigungsvertrages. In diesem Geist leisten wir unseren Beitrag zu Frieden und Stabilität in Europa.

Die staatliche Einheit Deutschlands bedeutet für uns größere Verantwortung, aber nicht Streben nach mehr Macht.

Wir bekräftigen den Verzicht auf Herstellung und Besitz von und Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen.

Wir beschränken die Streitkräfte des vereinten Deutschlands auf 370.000 Mann. ...

Präsident Gorbatschow hat nach dem Treffen mit Bundeskanzler Kohl in Moskau am 10. Februar 1990 erklärt, die deutsche Einigung "kann und muß so verlaufen, daß sie für die konstruktive gesamteuropäische Entwicklung einen Beitrag leistet". Die Begegnung zwischen Präsident Gorbatschow und Bundeskanzler Kohl am 16. Juli 1990 machte es möglich, daß dieses Ziel erreicht wurde.

Es erweist sich: die Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands schafft keine neuen Probleme in Europa, sie trägt zur Lösung bestehender Probleme bei.

Jetzt gilt es für uns alle, den Aufbau der europäischen Friedensordnung entschlossen fortzusetzen.

Wir Deutschen werden zur Schaffung der politischen Union der 12 Staaten der EG beitragen. Ganz Deutschland wird eingebettet sein in die Europäische Gemeinschaft. Sie erweist sich in dieser hoffnungsvollen Phase der Entwicklung Europas als der verlässliche Garant für die innere und äußere Stabilität ihrer Mitglieder und als Stabilitätsanker für ganz Europa.

... Eine zentrale Bedeutung hat für uns die Entwicklung der Beziehungen zu unseren Nachbarn in Mittel- und Osteuropa, insbesondere mit der Sowjetunion. Der umfassende Vertrag, den wir morgen paraphieren werden, unterstreicht den hohen Anspruch, den wir dem deutsch-sowjetischen Verhältnis beimessen.

Die Unverletzlichkeit der Grenzen ist ein Kernelement der Friedenssicherung in Europa. Der Vertrag bestätigt den endgültigen Charakter der Grenzen des vereinten Deutschland. Das vereinte Deutschland wird die bestehende deutsch-polnische Grenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag bestätigen, und zwar innerhalb der kürzest möglichen Zeit nach Herstellung der deutschen Einheit. ...

Wir werden die Ergebnisse der Zwei-plus-Vier-Gespräche am 1. und 2. Oktober der Außenministerkonferenz der KSZE-Staaten in New York und dann dem KSZE-Gipfel in Paris vorlegen. Für uns war es von Anfang an ein wichtiges Anliegen, daß der Vereinigungsprozeß im europäischen Rahmen stattfindet. Jeder KSZE-Teilnehmerstaat wird erkennen, daß die abschließende Regelung in vollem Umfang den KSZE-Prinzipien entspricht.

Für uns Deutsche ist dieser Vertrag, den wir heute unterzeichnen, ein Anlaß zu Freude, zu Selbstbesinnung und zu Dankbarkeit. Er verpflichtet uns, unsere Verantwortung zu erkennen für die großen Herausforderungen unserer Zeit, für die Wahrung des Friedens, für die wirtschaftliche Entwicklung der Dritten Welt, für die Herstellung sozialer Gerechtigkeit überall und für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.

Wir werden uns unserer Verantwortung stellen, und wir werden ihr gerecht werden. Unsere Botschaft an die Welt ist:

Wir wollen nichts anderes, als in Freiheit und Demokratie und in Frieden mit allen anderen Völkern leben.<<

Bundeskanzler Kohl erklärte am selben Tag in der Sitzung des Bundeskabinetts zur Unterzeichnung des Vertrages in Moskau vom 12. September 1990 (x101/306-307): >>Nach der Unterzeichnung des Einigungsvertrages vor 3 Wochen ist der heutige 12. September 1990 ein weiteres Schlüsseldatum auf dem Wege zur deutschen Einheit:

In diesem Augenblick setzen in Moskau die Außenminister der Zwei plus Vier - der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik, der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, der UdSSR und der USA – ihre Unterschriften unter den

"Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland".

Mein Dank gilt allen, die dieses Ergebnis möglich gemacht haben, in Sonderheit den Verhandlungsführern.

Das Dokument über die äußeren Aspekte spiegelt in umfassendem Maße unsere Verhand-

lungsziele wieder:

- die volle Souveränität unseres Landes wird wieder hergestellt; - dies schließt unsere Entscheidungsfreiheit über die Zugehörigkeit zu einem Bündnis unserer Wahl ein;
- für den Abzug der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der heutigen DDR wird ein verbindlicher Zeitplan festgelegt, nämlich bis zum 31. Dezember 1994.

Das Zwei-plus-Vier-Abschlußdokument entspricht außerdem in überzeugender Weise der Tatsache, daß die deutsche Einheit 1990 sich im Einvernehmen mit allen unseren Freunden, Verbündeten, Nachbarn, ja mit allen Europäern vollzieht.

Ich sage dies mit besonderem Blick auf Polen und die parallelen Entschließungen des Deutschen Bundestages und der Volkskammer zur Grenzfrage. Dies ist die erste Einigung eines Landes in der modernen Geschichte, die ohne Krieg, ohne Leid und ohne Auseinandersetzungen erfolgt, die neue Verbitterungen schaffen.

Der europäische Rahmen unseres Weges zur Einheit wird darüber hinaus betont durch den

- Ausbau des KSZE-Prozesses zu einer gerechten und dauerhaften europäischen Friedensordnung - dies schließt feste Institutionen ein, über die wir uns auf dem KSZE-Gipfel im November einigen werden;

und

- die Überwindung der Konfrontation hochgerüsteter Militärblöcke durch weitreichende Fortschritte bei Abrüstung und Rüstungskontrolle und durch den Aufbau einer neuen Partnerschaft zwischen den Mitgliedstaaten von NATO und Warschauer Pakt so wie wir dies beim Londoner NATO-Gipfel angeboten haben.

Die Bundesregierung - und entsprechend die Regierung der DDR haben hier bedeutsame Schrittmacherdienste geleistet

- durch die Bestätigung ihres verbindlichen Verzichts auf ABC-Waffen

und

- durch eine verpflichtende Erklärung über die künftige Gesamtstärke deutscher Streitkräfte.

Wir und die DDR zusammengenommen reduzieren unsere Truppenstärke um 45 %. Wenn dieses Beispiel weltweit Schule macht, bedeutet das einen gewaltigen Schritt in der Abrüstung.

In Moskau werden in diesen Tagen auch Marksteine für die zukunftsgerichtete Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen gesetzt.

Bundesminister Genscher wird den

Vertrag über gute Nachbarschaft,  
Partnerschaft und Zusammenarbeit

paraphieren.

Nach der Vereinigung Deutschlands wird der Vertrag dann auf höchster politischer Ebene unterzeichnet.

Dieser Vertrag wird geschlossen im Wunsch, mit der Vergangenheit endgültig abzuschließen und durch Verständigung und Versöhnung einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der Trennung Europas zu leisten. Der Vertrag will den deutsch-sowjetischen Beziehungen eine neue Qualität verleihen.

... Der Vertrag fördert die umfassende Begegnung der Menschen und gewährleistet, daß die Deutschen in der Sowjetunion ihre nationale, sprachliche und kulturelle Identität entfalten können; und er ermöglicht es uns, ihnen dabei zu helfen.

In Ergänzung zu diesem Vertrag ist ein weiterer

Vertrag über die Entwicklung  
einer umfassenden Zusammenarbeit  
auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie,  
Wissenschaft und Technik



fertiggestellt.

Dieser Vertrag ist der völkerrechtliche Rahmen für die Tatsache, daß das vereinte Deutschland - als Mitglied der Europäischen Gemeinschaft - der größte Wirtschaftspartner der Sowjetunion sein wird. Er eröffnet lohnende Zukunftsperspektiven für beide Seiten.

Fertiggestellt ist auch der durch die Währungsumstellung in der DDR zum 1. Juli dieses Jahres erforderliche

Vertrag über einige überleitende Maßnahmen.

Sein Schwerpunkt ist die finanzielle Regelung für die sowjetischen Streitkräfte auf dem Gebiet der heutigen DDR. Es geht dabei um

- Aufenthaltskosten, die die sowjetische Seite grundsätzlich selbst trägt, zu denen wir aber beisteuern;
- Rücktransportkosten;
- Wiedereingliederungskosten, wobei ein Wohnungsbauprogramm in der Sowjetunion und Umschulungsmaßnahmen im Vordergrund stehen.

Unser Gesamtaufwand wird sich auf zirka 12 Milliarden DM in 4 Jahren belaufen.

Was den Abzug der Streitkräfte selbst angeht, so wird in den nächsten Tagen ein

Vertrag über die Bedingungen  
des befristeten Aufenthalts und die Modalitäten  
des planmäßigen Abzugs sowjetischer Truppen

fertiggestellt werden.

Hier geht es - neben dem schon erwähnten Abzugszeitplan und -endpunkt - um die Rechtsstellung der sowjetischen Soldaten in der Zeit ihres Aufenthalts, um ihre Übungstätigkeit, um Nutzungsrechte an Liegenschaften und deren letztendliche Rückgabe und vieles mehr.

Alle genannten Verträge werden unmittelbar nach dem 3. Oktober 1990 durch die gesamtdeutsche Regierung unterzeichnet und dem gesamtdeutschen Parlament zur Ratifizierung vorgelegt werden.

Schon heute stelle ich fest: Durch diese vertraglichen Vereinbarungen wird den deutsch-sowjetischen Beziehungen in der Perspektive der deutschen Einheit ein machtvoller Impuls gegeben.

Vor dem Hintergrund tiefgreifender Reformen in der Sowjetunion ist das Tor für eine Zukunft der guten Nachbarschaft, der neuen Partnerschaft und der umfassenden Zusammenarbeit weit geöffnet.<<

In einem gemeinsamen Brief des Bundesministers des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, und des amtierenden Außenministers der DDR, Ministerpräsident Lothar de Maizière, an die Außenminister der Sowjetunion, Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Vertrages über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland in der Fassung vom 14. September 1990 hieß es (x101/303):

>>Herr Außenminister,

im Zusammenhang mit der heutigen Unterzeichnung des Vertrages über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland möchten wir Ihnen mitteilen, daß die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik in den Verhandlungen folgendes dargelegt haben:

1. Die gemeinsame Erklärung der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Regelung offener Vermögensfragen vom 15. Juni 1990 enthält unter anderem folgende Aussagen:

Die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage (1945-1949) sind nicht mehr rückgängig zu machen. Die Regierungen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik sehen keine Möglichkeit, die damals getroffenen Maßnahmen zu revidieren. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland nimmt dies im Hin-

blick auf die historische Entwicklung zur Kenntnis. Sie ist der Auffassung, daß einem künftigen gesamtdeutschen Parlament eine abschließende Entscheidung über etwaige staatliche Ausgleichsleistungen vorbehalten bleiben muß.

Gemäß Artikel 41 Absatz 1 des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 31. August 1990 (Einigungsvertrag) ist die genannte Gemeinsame Erklärung Bestandteil dieses Vertrages. Gemäß Artikel 41 Absatz 3 des Einigungsvertrages wird die Bundesrepublik Deutschland keine Rechtsvorschriften erlassen, die dem oben zitierten Teil der gemeinsamen Erklärungen widersprechen.

2. Die auf deutschem Boden errichteten Denkmäler, die den Opfern des Krieges und der Gewaltherrschaft gewidmet sind, werden geachtet und stehen unter dem Schutz deutscher Gesetze.

Das Gleiche gilt für die Kriegsgräber, sie werden erhalten und gepflegt.

3. Der Bestand der freiheitlich-demokratischen Grundordnung wird auch im vereinten Deutschland durch die Verfassung geschützt. Sie bietet die Grundlage dafür, daß Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen, sowie Vereinigungen, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, verboten werden können. Dies betrifft auch Parteien und Vereinigungen mit nationalsozialistischen Zielsetzungen.

4. Zu den Verträgen der Deutschen Demokratischen Republik ist in Artikel 12 Absatz 1 und 2 des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 31. August 1990 folgendes vereinbart worden:

"Die Vertragsparteien sind sich einig, daß die völkerrechtlichen Verträge der Deutschen Demokratischen Republik im Zuge der Herstellung der Einheit Deutschlands unter den Gesichtspunkten des Vertrauensschutzes, der Interessenlage der beteiligten Staaten und der vertraglichen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland sowie nach den Prinzipien einer freiheitlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Grundordnung und unter Beachtung der Zuständigkeiten der Europäischen Gemeinschaften mit den Vertragspartnern der Deutschen Demokratischen Republik zu erörtern sind, um ihre Fortgeltung, Anpassung oder ihr Erlöschen zu regeln beziehungsweise festzustellen.

Das vereinte Deutschland legt seine Haltung zum Übergang völkerrechtlicher Verträge der Deutschen Demokratischen Republik nach Konsultationen mit den jeweiligen Vertragspartnern und mit den Europäischen Gemeinschaften, soweit deren Zuständigkeiten berührt sind, fest."

Mit dem Ausdruck unserer ausgezeichneten Hochachtung

Hans-Dietrich Genscher

Lothar de Maizière<<

Der britische Historiker Christopher Duffy berichtete später über die deutsche Wiedervereinigung (x100/328-330): >>... Soweit es die Teilung Deutschlands und die Präsenz größerer ausländischer Truppenkontingente betraf, ging die Jalta-Periode der deutschen Geschichte 1990 zu Ende. Sie hatte 45 Jahre gedauert, in denen die vormals verbündeten Streitkräfte im großen ganzen dort geblieben waren, wo sie am Ende des Zweiten Weltkrieges gestanden hatten. Um einen Vergleich für diese Situation zu haben, braucht man sich nur einmal vorzustellen, die britischen und preußischen Truppen hätten nach der Schlacht von Waterloo (1815) ihre Stellungen nicht geräumt, sondern sich erst 1860 aus Frankreich zurückgezogen.

Zugleich wurde ein offenes Problem des internationalen Rechts, das einigen Sprengstoff in sich barg, schneller gelöst als erwartet. Die Bundesrepublik hatte, was im Ausland kaum

wahrgenommen worden war, die von Polen nach dem Krieg auf Kosten Deutschlands beanspruchte Grenze niemals formell anerkannt. Im Potsdamer Abkommen war nur eine vorläufige Demarkationslinie an Oder und Neiße festgelegt und ansonsten erklärt worden, "daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu einer Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll". Zu dieser Konferenz ist es jedoch nie gekommen, da der heiße Krieg nahtlos in den Kalten Krieg überging.

Für den Parlamentarischen Rat bestand Deutschland, obwohl das von ihm ausgearbeitete Grundgesetz der Bundesrepublik zunächst nur für die westdeutschen Länder galt, weiterhin in den Grenzen von 1937 – mit anderen Worten, es umfaßte auch den westlichen Teil Polens und das zu Rußland gehörende Gebiet um das ehemalige Königsberg. Zur Überraschung mancher Beobachter verzichtete die Regierung des wiedervereinigten Deutschland auf Ansprüche in dieser Richtung und erkannte in einem Vertrag vom 14. November 1990 die Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze an,

Zweifel an der Absolutheit der moralischen Verdikte der Zeit nach 1945 blieben jedoch bestehen, und es ist bezeichnend, daß es deutsche Historiker waren, die mittlerweile begonnen hatten, danach zu fragen, ob die Deutschen nun für immer an der Schuld für das tragen müßten, was im Dritten Reich geschehen war. Auslöser des sogenannten Historikerstreits, der sich an dieser Frage entzündete, war ein Artikel von Ernst Nolte gewesen, der am 6. Juni 1986 unter dem Titel "Vergangenheit, die nicht vergehen will" in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung veröffentlicht wurde.

Nolte, der zusammen mit Andreas Hillgruber und Michael Stürmer – ob nun zu Recht oder Unrecht – als "Neokonservativer" eingestuft wurde, vertrat die im einzelnen zwar umstrittene, im Kern aber nur schwer zu widerlegende These, daß die Verbrechen des Dritten Reichs unter den im 20. Jahrhundert insgesamt begangenen Greuelthaten keineswegs einzigartig seien.<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über den sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrag" (x283/249): >>... Mit dem Fall der Mauer war das Ende der Spaltung zum Greifen nahe, aber ohne das Placet (Bestätigung) aus Moskau nicht erreichbar. Dort war man grundsätzlich zu einer Zustimmung bereit, allerdings unter der Bedingung, daß Gesamtdeutschland neutral sei. Eine Mitgliedschaft in der NATO wurde zunächst nicht akzeptiert. Es bedurfte langer zäher Verhandlungen und erheblicher materieller Zuwendungen, deren Höhe – angeblich 8 Milliarden - sowohl Gorbatschow als auch Helmut Kohl in ihren Memoiren schamhaft verschweigen, bis endlich am 12. September 1990 der Zwei-plus-Vier-Vertrag unterzeichnet und die Westbindung der erweiterten Bundesrepublik anerkannt und dingfest war.<<

Ministerpräsident Lothar de Maizière erklärte am 2. Oktober 1990 während einer Fernsehansprache (x298/251): >>... Es ist ungewöhnlich, daß sich ein Staat freiwillig aus der Geschichte verabschiedet. Ebenso ungewöhnlich und widernatürlich war aber auch die Teilung unseres Landes.

In wenigen Stunden tritt die Deutsche Demokratische Republik der Bundesrepublik Deutschland bei. Wir Deutschen erreichen die Einheit in Freiheit.

Ich glaube, wir alle haben Grund, uns zu freuen und dankbar zu sein. Wir lassen ein System hinter uns, daß sich demokratisch nannte, ohne es zu sein. Seine Kainszeichen waren die Unfreiheit des Geistes und das verordnete Denken, Mauer und Stacheldraht, der Ruin der Wirtschaft und die Zerstörung der Umwelt, die ideologisch kalkulierte Gängelung und das geschürte Mißtrauen.

An die Stelle dieser Tyrannei sind Rechtstaatlichkeit, Demokratie und Menschenwürde getreten. Unser Weg in die Freiheit war nicht gefahrlos und war nicht unumstritten. Wir danken denjenigen, die unbeirrt ihren Weg gingen und ihren demokratischen Willen furchtlos zum Ausdruck brachten. Da sie sich von der Angst befreit hatten, konnten sie auch die Freiheit erzwingen.

Wir wissen, daß wir diesen Weg nicht ohne das neue Denken in der Sowjetunion und ohne die Unterstützung unserer Nachbarn im Osten hätten gehen können. Wir danken ... auch dem Verständnis der Vier Mächte und ihrer Verständigungsbereitschaft, die für die deutsche Einheit Voraussetzung war.

Wir sind jetzt Bürger eines gemeinsamen deutschen Staates, und mit der Länderbildung, die sich in wenigen Tagen vollzieht, werden wir gleichzeitig wieder Bürger von Thüringen und Sachsen, von Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sein.

Wir können uns wieder auf die Kräfte besinnen, die aus der Geschichte und den Traditionen dieser Länder herrühren. Das Diktat des Zentralismus mit seinen ortsfernen Entscheidungen und die Auszehrung des übrigen Landes finden endlich ihr Ende. Und, so will es der Einigungsvertrag, das geeinte Berlin wird Hauptstadt Deutschlands sein.

Mit der Einheit in Freiheit wird Wirklichkeit, was viele kaum mehr für möglich hielten. Die 40jährige Teilung unseres Landes ist überwunden.<<

Am 3. Oktober 1990 trat die Deutsche Demokratische Republik der Bundesrepublik Deutschland bei. Gemäß Einigungsvertrag vom 29.09.1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 3. Oktober 1990 Länder der Bundesrepublik Deutschland (obgleich die neuen Länder der Deutschen Demokratischen Republik erst am 14. Oktober 1990 gebildet werden!!!). Der 3. Oktober ist seither ein gesetzlicher Feiertag ("Tag der deutschen Einheit").

Infolge des Inkrafttretens des Staatsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR gehörten die fünf neuen Bundesländer seit dem 3. Oktober 1990 zur EG.

Mit Wirkung vom 14. Oktober 1990 wurden gemäß Ländereinführungsgesetz vom 22.07.1990 in der ehemaligen DDR folgende Länder gebildet: Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen.

M. Spanehl berichtete später über die sogenannte Einheit Mittel- und Westdeutschlands (x916/...): >>Die Zerstörung der Deutschen Volksidentität

Wer glaubte, mit der Einheit Mittel- und Westdeutschlands sei das Überleben und die Zukunft des deutschen Volkes gesichert und damit die große nationale Aufgabe erfüllt, hat sich schlimm getäuscht.

Das Grundgesetz der "BRD" wurde seinerzeit von den Gründungsvätern nur als Provisorium geführt. Vollendet werden sollte es in freier Selbstentscheidung durch eine gesamtdeutsche - demokratisch konstituierende - "Volksversammlung". Dann sollte ein **Friedensvertrag** angestrebt werden.

**Statt dessen kam das 2 + 4 - Diktat und später Maastricht**, wo seitens unserer Regierung der Rest an deutscher Souveränität verspielt wurde. Unsere Volkssouveränität wurde in allen Belangen preisgegeben. Die Entscheidungsbefugnis über unsere ureigensten Angelegenheiten und die Verfügungsgewalt wurde fast vollständig auf eine anonyme Brüsseler Behörde übertragen. Von dem damaligen Kanzler Kohl wurde das als irreversibel erklärt, also nicht umkehrbar. Das ist schlicht Volksverdummung. Was nutzt denn ein "Deutschland einig Vaterland", wenn man aus ihm ein multikulturelles Einwanderungsland mit einem multirassischen Bevölkerungsmischmasch machen will, in dem alles Deutsche untergeht?

Die Politik, die Massenmedien und die Straße werden von denen beherrscht, die unser Volk ummodellieren wollen. Sie scheren sich einen Dreck um den Willen von über 90 Prozent aller Deutschen. Im Gegenteil: Sie greifen zu immer dreisteren, hysterischen und primitiven Mitteln, um jedes gesunde Empfinden als unanständig zu brandmarken.

Das **Bundesverfassungsgericht** führte in seinem Beschluß vom 21. Oktober 1987, dem sogenannten Teso-Urteil, aus: "Es war die politische Grundsatzentscheidung des Parlamentarischen Rates, nicht einen neuen Staat zu errichten, sondern das Grundgesetz (GG) als Reorga-

nisation eines Teilbereiches des deutschen Staates ... zu begreifen. Das Festhalten ... an der bisherigen Identität des Staatsvolkes des deutschen Staates ist normativer Ausdruck ... dieser Grundentscheidung ... Der Senat hat aus dem Wiedervereinigungsgebot ... auch ein Währungsgebot abgeleitet, alles zu unterlassen, was die Vereinigung vereiteln würde ... Aus dem Währungsgebot folgt insbesondere die verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten."

Schon aus Artikel 79 GG ergibt sich, daß das in Artikel 1 GG bezeichnete deutsche Volk, nicht die Bevölkerung, nicht die Be- oder Einwohner, sondern ausdrücklich das deutsche Volk - und sein Staatswesen nach Artikel 20 GG zu wahren sind und selbst durch Grundgesetzänderung nicht abgeschafft beseitigt oder geändert werden können.

**Im BVG-Urteil vom 19.5.1953 heißt es zu Artikel 116 GG**

**"Deutscher ist, wer sich zum deutschen Volkstum bekennt, sofern dieses Bekenntnis durch Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird."**

Über die Bedeutung des Begriffes **Volk** in den juristischen Wissenschaften hat sich der Innsbrucker Völkerrechtler Professor Weiter wiederholt geäußert. Er definiert (Th. Weiter, Deutschland, deutsche Nation und deutsches Volk, in Politik und Zeitgeschichte, Beilage zu "Das Parlament" 23, 1973 B 11, S. 3):

"Volk ist eine Abstammungsgemeinschaft (Generationengebilde), bei welcher zum naturhaften Element der Abstammung noch das Element der geistigen Zielrichtung kommt. Der Begriff deutsches Volk ist trotz seiner ausdrücklichen Nennung im GG kein Rechtsbegriff, sondern ein nicht an die Staatsgrenze gebundener ethischer Begriff".

Ganz in diesem Sinne definiert das **Bundesvertriebenengesetz** vom 14. August 1957 in § 6:

**"Deutscher Volkszugehöriger im Sinne dieses Gesetzes ist, wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird"**.

Damit wären eigentlich die Handlungsanleitungen für die Gesetzgeber, Politiker und Medien gegeben. Daß es nicht so ist, weiß jeder, der in seinem Urteil nicht ideologisch gebunden ist. Und daß die Identität des deutschen Volkes heute stärker bedroht ist als jemals zuvor, wird täglich offensichtlicher.

**Mit der Manipulation des GG vom 31. August 1990** werden wahrheitswidrig nur noch die Einwohner der BRD als Deutsche bezeichnet.

Im Lichte der obigen Definitionen sind die Förderung der Ausländereinwanderung, die massenhafte Erteilung von unbeschränkten Aufenthaltsgenehmigungen, die massenhafte Einbürgerung von Nichtdeutschen, die Niederlassungsfreiheit und die Freizügigkeit in der EG verfassungswidrig.

Demgegenüber hatte die DDR vorbildliche Regelungen, keine unbeschränkte Aufenthaltsgenehmigung, keinen Familiennachzug, keine massenhaften Einbürgerungen und statt dessen das Rotationsprinzip. Nun wird auch Mitteldeutschland mit diesem westlichen Fortschritt der Ausländer- und Asylbewerberschwemme und weiterem westlichem Fortschritt wie Rauschgift, Pornographie und steilem Anstieg der Kriminalität überrollt.

**Naturwissenschaftliche und biologische Grundlagen**

Bei dem wissenschaftlichen Inhalt der Definition des Begriffes Volk nach Weiter geht es vor allem um die seelischen und geistigen Bereiche, die die Identität eines Volkes ausmachen.

Daß diese nichtkörperlichen Eigenschaften genetisch vorgegeben sind und weitervererbt werden, wurde durch Forschungen an eineiigen Zwillingen bewiesen. Der von linksliberalen Vorstellungen hergekommene Naturwissenschaftler Hoymar von Ditzfurth weilte längere Zeit unter einer solchen Forschergruppe in den USA und schrieb dann (H. von Ditzfurth, "Geo", Mai 1982), die Milieutheorie, eine der damit falschen Eingangsvoraussetzungen der herrschenden Ideologien, sei nun wohl widerlegt, ja das menschliche Verhalten sei in viel höherem Sinne

als bisher vermutet worden, genetisch vorprogrammiert.

Konrad Lorenz ("Vom Weltbild des Verhaltensforschers") urteilt:

... daß eine unermeßliche Zahl von Struktureigenschaften menschlichen Verhaltens und Innenlebens ihr ... Sein dem historisch einmaligen Gang der Phylogenese verdankt und ohne Einsicht in deren Zusammenhänge schlechterdings unverständlich bleiben muß. Für die sozialen Verhaltensnormen des Menschen gilt das in besonders hohem Maße, weil sie mehr als andere an ererbte Aktions- und Reaktionsweisen gebunden sind".

Dazu gehört zum Beispiel das Bestreben, Eigentum zu besitzen und der Territorialtrieb, das Bestreben menschlicher Gemeinschaften nach dem Besitz abgegrenzter Gebiete. Daraus folgt das Naturrecht jedes Volkes auf sein eigenes, ihm gemäßes Gemeinwesen, auf seinen Staat.

Wie aber von den herrschenden Ideologien Druck gegenüber solchen Erkenntnissen ausgeübt wird, erfährt man aus der Erklärung von 50 nichtdeutschen Wissenschaftlern einschließlich von fünf Nobelpreisträgern in den USA (American Psychologist, 1972):

### **Ideologischer Druck auf die Wissenschaft**

"Gegenwärtig müssen wir erleben, wie man ... versucht, Wissenschaftler zu unterdrücken, zu zensieren oder persönlich zu verunglimpfen, welche die Rolle der Vererbung im menschlichen Verhalten betonen (z.B. bezeichnet man sie als Faschisten). Ein Großteil der Angriffe kommt von Nichtwissenschaftlern, die völlig auf eine milieutheoretische Erklärung aller menschlichen Unterschiede eingeschworen sind."

Die Evolution führt durch Trennung von Populationen zu unterschiedlichen Arten.

Nach Konrad Lorenz ("Die Rückseite des Spiegels", 1975) sind Populationen die unverzichtbaren Vorstufen zur Artneubildung.

Beim homo sapiens nennt man die Population mit ihren Eigenarten, die sich im Laufe der Geschichte entwickelt haben, Völker. Alle diejenigen, die an der Völkerzerstörung zum Beispiel durch Völkervermischung arbeiten, beseitigen damit den Fortschritt der Evolution, als ob es beim homo sapiens nicht auch einiges zu verbessern gäbe! Das sind aber die gleichen Leute, die um jeden bedrohten Wurm eine Ökonische bauen möchten.

Zu den ideologisch propagierten Völkervermischungen ist zu sagen, daß in eine Mischpopulation sehr verschiedenartige, abweichende und gegensätzliche Eigenschaften eingebracht werden, die genetisch erhalten bleiben.

Die Variationsbreite vermehrt sich, die Labilität (gespaltene Charaktere) nimmt zu. Es erfolgt keineswegs eine Rückbildung zu ausgeglicheneren Urformen. Es entsteht also im Sinne der Evolution nichts Besseres, sondern Schlechteres. Aber die Süßmuth, Geißler, Lafontaine und andere sprechen von "Bereicherung".

Für die herrschenden Ideologien hat der Begriff **Volk** nur die Bedeutung von Menschen im Plural, wie eben Kirchenvolk, Gewerkschaftsvolk oder "Wohnbevölkerung".

Weil aber in den Naturwissenschaften eine in sich fehlerfreie Theorie falsch ist, wenn nur eine einzige Eingangsvoraussetzung falsch ist, kommen die heute herrschenden Theorien und Ideologien zu falschen Schlüssen.

### **Mit der Zerstörung der Völker zerstört man die höhere Ordnung**

Völker sind mehr als eine Ansammlung von Individuen.

Schon den altgriechischen Denkern war solches bekannt mit der Erkenntnis: Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile.

Die modernen Naturwissenschaften bieten nun mit Genetik, Ethologie und Humanbiologie Grundlagen für die Erarbeitung von wissenschaftlich richtigen Weltbildern und gestatten die Widerlegung falscher Ideologien.

Für die Behandlung von Kollektiven, die aus einer großen Zahl von Einzelteilen bestehen, ist in den Naturwissenschaften die Systemtheorie zuständig.

Alles, aber auch alles in der Natur ist nicht basisdemokratisch, sondern hierarchisch aufgebaut

aus Individuen, Unter- und Übersystemen. Einer der wichtigsten Sätze der Systemtheorie besagt, daß Obersysteme gegenüber Untersystemen gänzlich neue Eigenschaften haben können. Das gilt auch für Völker, die lebende Systeme höherer Ordnung sind.

Mit der Zerstörung der Völker zerstört man diese Systeme höherer Ordnung mit unabsehbaren negativen Folgen! Daher halten wir uns an das BVG-Urteil von 1953.

### **Die juristischen Grundlagen**

Dem deutschen Verfassungsrecht liegt dieser wissenschaftlich richtige Volksbegriff zugrunde mit dem Blutrecht. In Frankreich dagegen herrscht das Bodenrecht, d.h. dort steht jedem Einwanderer nach einer gewissen Zeit und den dort Geborenen das Recht auf Staatsbürgerschaft zu. Diese französische Rechtsauffassung hat bis heute Gültigkeit.

Damit haben aber auch in der westlichen "Wertegemeinschaft" die Begriffe national und Nationalismus eine völlig andere Bedeutung erhalten, die heute mit der Freizügigkeit und der Niederlassungsfreiheit der EG der geplanten Völkerzerstörung entgegenkommt.

Nation kommt von geboren werden, und umschließt für uns Deutsche den Rechtsbegriff Volk als Abstammungsgemeinschaft und damit das Blutrecht für die Staatsbürgerschaft.

Der ehemalige Berliner Staatssekretär Uhlitz (in F. Fischer, Aspekte der Souveränität, Arndt-Verlag, Kiel 1987):

"Es kann nicht angehen, daß wegen Vorbereitung eines hoch verräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsform der BRD abändern will, während der, der das deutsche Staatsvolk in der BRD abschaffen und durch eine multikulturelle Gesellschaft ersetzen und auf deutschem Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, straffrei bleibt Das eine ist korrigierbar, das andere nicht und daher viel verwerflicher und strafwürdiger. Diese Rechtslage wird auch der Generalbundesanwalt nicht auf Dauer ignorieren können".

Das GG sagt dazu in Art. 20: "Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist."

Es heißt hier nicht Mitbürger, es steht (noch) "alle Deutschen".

Zu den nichtkörperlichen Eigenschaften, die innerhalb von Völkern ähnlicher sind als zwischen verschiedenen Völkern, gehören ihre Kultur, ihre Sprache, der Volkscharakter, die Wertordnung und mehr.

### **Die Zerstörung unserer Identität**

Aus der Wertordnung aber folgt die Rechtsordnung und aus dieser die Staatsordnung.

Jedes Volk hat einen naturrechtlichen Rechtsanspruch auf die ihm gemäße Staatsordnung. Deutschland wurde aber zweimal durch die Sieger (1918 und 1945) das Danaergeschenk der "westlichen" Demokratie zuteil. Daß es nur diese eine Form der Demokratie gäbe, wurde dem deutschen Volk durch die siegerhörige Presse zwar eingehämmert, ist aber objektiv falsch.

Die Wahrung und Weiterentwicklung der ihnen eigenen Weltordnung, Rechtsordnung, Staatsordnung und Sprache ist Teil des Selbstbestimmungsrechtes der Völker.

Volksgruppen eine andere Sprache aufzuzwingen, wie das beispielsweise 1945 an den Elsässern, den Deutschen im polnisch annektierten Ostdeutschland und in der Sowjetunion mit staatlicher Gewalt und in Deutschland selbst mit anderen Mitteln geschieht, ist Völkerzerstörung oder juristisch Völkermord.

Hier treffen sich Humanbiologie und Völkerrecht.

**Unsere Wertordnung**, die weit mehr als 2.000 Jahre galt, wurde in den letzten 40 Jahren durch die Diktatur zwangsimportierter Ideologien in Mittel- wie in Westdeutschland weitgehend zerstört. Stichworte hierzu sind Ehescheidung, Wehrdienstverweigerung, Abtreibung gewissermaßen per Postkarte, kirchliche Segnung (evangelische Kirche) und Steuervorteile für homosexuelle Paare (Süßmuth), ein gekreuzigte Schweine malender Kunstprofessor als Akademiedirektor und ähnliches. Unsere großen Klassiker, die diese Wertordnung vertraten, sind deshalb aus den Schulen weitgehend verschwunden.

## **Die Amerikanisierung unseres Lebens**

**Das Bauerntum**, das in Mitteldeutschland durch Kollektivierung vernichtet wurde und in Westdeutschland durch die EG-Diktatur mit ihren Mansholt-Kolchosen stark bedroht ist, war seit der jüngeren Steinzeit bei unseren Vorfahren, mit Familienbetrieben die Lebensgrundlage und besitzt heute trotz oder gerade wegen der sozialen Veränderungen unverzichtbare Bedeutung.

Die Amerikanisierung des Gesichts unserer Städte und Dörfer nimmt erschreckende Ausmaße an, das Kulturgezicht Deutschlands wird zerstört. Der Frankfurter Dorn, in dem viele Jahrhunderte der deutsche König, gekrönt wurde, wird umstellt von Betonkistengiganten als Ausdruck des Siegers dieser zwangsimportierten westlichen Ideologie über deutsche Geschichte, deutsche Kultur und deutsche Identität.

Die offiziell ausgelobte "Kunst" ist weithin seelischer Umweltschaden. Vergleichbare Kulturleistungen waren und sind unter dem Diktat der Umerziehung und der liberalistischen Ideologie in Westdeutschland seit Kriegsende nicht mehr möglich.

### **Das Zerstörungswerk geht weiter**

Nach dem 8. Mai 1945 wurden in Verwirklichung des Morgenthau-Plans durch die "US-Befreier" neben anderen Verletzungen des Völkerrechts über eine Million deutsche Kriegsgefangene umgebracht, teilweise noch brutaler als zur gleichen Zeit durch die sowjetische GPU. (Siehe Bacque, Der geplante Tod, 1988). Auch das gehört zur Zerstörung der deutschen Identität.

Dieses Zerstörungswerk wird heute - nur etwas eleganter - durch die EG mit Freizügigkeit, Niederlassungsfreiheit und Abschaffung von kontrollierbaren Staatsgrenzen fortgesetzt, im Namen von Freiheit, Humanität und Demokratie.

Die sogenannte "Europäische Gemeinschaft" und die geplante "Europäische Union" sind das getreue Abbild der multirassischen, multi-ethnischen und multikulturellen USA.

Wie dort und wie beim Mord von Sarajewo beherrschen Freimaurer diese EG.

Für dieses Zerstörungswerk einige Zitate:

**Karl Marx** im kommunistischen Manifest von 1848: "**Die Auflösung der Familie** ... die Familie der Bourgeois fällt natürlich weg ... Wir heben die trauesten Verhältnisse auf, wenn wir anstelle der häuslichen Erziehung die gesellschaftliche setzen ... Die Arbeiter haben kein Vaterland ... Der Kommunismus schafft die ewigen Wahrheiten ab, er schafft die Religion ab, die Moral".

**Josef Strasser**, österreichischer sozialdemokratischer Parteitheoretiker 1912 (J. Strasser, Arbeiter und Nation, Reichenberg 1912): "Wir Sozialdemokraten wollen nicht nur die heutigen Nationalcharaktere nicht erhalten, wir arbeiten gerade an ihrer Zerstörung. Wir wollen aus dem Deutschen etwas Undeutsches machen".

**Otto Bauer**, österreichischer Sozialdemokrat, auf der Internationalen Sozialistenkonferenz 1921 (Protokolle der Internationalen Sozialistischen Konferenz, Wien 1921): "Französische Waffen haben das deutsche und österreichische Volk von seinen Unterdrückern befreit, so daß, so brutal diese imperialistischen Friedensverträge auch sind, trotzdem in ihnen ein mächtiges Stück geschichtlichen Fortschrittes steckt".

**Nicht unterschlagen darf man die übelsten Agitationen des englischen Deutschenhassers Sefton Delmer**, der während des Krieges ausgiebig Gelegenheit hatte, seine Vorbehalte gegen Deutschland überall zu verkünden. Der Mann war wenigstens so ehrlich, schon gleich nach Kriegsende verlauten zu lassen, der Krieg sei vorerst zwar militärisch ausgestanden, aber an eine Beendigung der psychologischen Kriegführung sei nicht zu denken. Im Gegenteil werde man nun erst so recht anfangen, alle polemischen Register gegen die restlos geschlagenen Deutschen zu ziehen und sie so lange mit einem publizistischen Trommelfeuer einzudecken, bis ihnen Hören und Sehen vergehen würde.



Damit sollte er recht behalten: Das Hören und Sehen ist uns nach einem halben Jahrhundert "Charakterwäsche" tatsächlich vergangen. Wir haben im Wirbel von Geschichtslügen und Denunziationen längst die Flinte ins Korn geworfen und jeden Rechtfertigungsversuch von vornherein aufgegeben. Heute hat man uns da, wo man uns haben wollte: Wir selbst sind unsere schlimmsten Feinde geworden. Wer noch nationale Gefühle hegt oder diese gar zu äußern wagt, bewegt sich auf einem schmalen Grat und muß höllisch aufpassen, daß er nicht abstürzt. Er wäre gut beraten, wenn er sich selbst einen Maulkorb verpassen würde.

Mit solch braven, gezähmten Staatsbürgern kann man dann die Politik betreiben, die einem vorschwebt, selbst wenn sie auf die Zerstörung des Staates hinausläuft. Unsere Gegenwart bietet genügend Beweise dafür, daß man auch gegen den erklärten Willen des Volkes Entscheidungen von existentieller Bedeutung treffen kann.

Diese Liste ließe sich beliebig verlängern.

### **Die herrschenden falschen Ideologen**

Wenn wir das alles analysieren, können wir aus diesem Strauß zerstörerischer Ideologien zwei Richtungen herauslesen: den marxistischen und den liberalistischen Materialismus.

**Der marxistische Materialismus ging gerade an seinen Fehlern zugrunde.** Aber die Widerlegung blieb aus, wozu vor allem die C-Parteien gefordert gewesen wären. Aber diese zogen beim 100. Todestag von Karl Marx 1983 ohne aufzumucken in den Gedächtnisprozessionen in Trier mit.

**Die andere Ideologie, der liberalistische Materialismus,** wurde 1945 von den US-Siegern zwangsimpportiert und herrscht heute und nun auch über Mitteldeutschland mit Lizenzparteien und Lizenzmedien. Die "gewendete" marxistische wie die liberalistische Nomenklatur sieht in unserem Staat nur noch einen Selbstbedienungsladen.

Diese Ideologie verkündet einen hemmungs- und bindungslosen Individualismus und erfand die Wegwerfgesellschaft, die Wegwerfkultur, die Wegwerfethik, den Wegwerfmenschen; und eine elitäre und parasitäre Hochfinanz betreibt Profitmaximierung durch Spekulation und Kriege als gutgehendes Geschäft, wie im Golfkrieg vorgeführt.

Alle gemeinschaftstragenden Werte und alle menschlichen Bindungen werden von diesem liberalistischen Materialismus verhöhnt und zerstört. Das Wort **Volksgemeinschaft**, schon vor dem Ersten Weltkrieg im Wandervogel und in der Burschenschaft gedacht zur geistigen Überwindung des Klassenkampfes, wird vom Staatsanwalt verfolgt.

### **Die gleichen geistigen Großväter**

Zwischen beiden Ideologien - der marxistischen und der liberalistischen gibt es aber verdeckte innere Zusammenhänge. Beide gehen auf die gleichen geistigen Großväter zurück, auf die westliche Aufklärung. Für beide sind Menschen nur noch Produzenten und Konsumenten. Der Zusammenhang offenbarte sich zum Beispiel dadurch, daß **Lenin** seine Revolution im wesentlichen mit Dollar-Millionen der Wallstreet-Hochfinanz durchfahren konnte.

Ihnen steht der aufbrechende Freiheitswille der Völker gegenüber und die Gemeinschaftsordnung der Zukunft, die auf dem Trümmerfeld der Menschen und Völker zerstörenden Ideologien zu errichten unsere Aufgabe ist. Ein Erlebnisträger schreibt (Thomas Ritter: USA - der lächelnde Kannibalismus, Bollinger, Niddatal 1988):

"Von Amerika können wir für unseren eigenen Weg in die Zukunft fast nichts lernen, außer wie man es nicht machen sollte. Freiheit, so wie ich sie verstehe, kann nicht die Freiheit sein, die unter den Bajonetten amerikanischer Soldaten und einer außer Rand und Band geratenen Wall-Street gedeihen kann.

Da aber immaterielle Werte im Zuge eines durch harte Dollar und einen radikalen Materialismus beherrschten Systems für nichtig erklärt wurden, da man trotz vieler gegenteiliger Anzeichen kaum noch feste Bindungen an einen Gott hat und sich an diese Zustände nach jahrzehntelanger Berieselung durch ideologische Gleichgestaltung allmächtiger Massenmedien und

irreführender Propaganda gewöhnt hat, haben die Menschen in den USA ihre eigene Identität verloren. Sie sind lebensuntüchtig geworden ... Es ist bereits zu spät, die von Wall-Street bis Washington verkrusteten und einbetonierten Strukturen aufzubrechen und zu ändern".

### **Die geplante Endlösung für Deutschland**

Es droht nun der entscheidende und letzte Identitätsverlust, nämlich die Auflösung und Zerstörung unseres Staates und unseres Volkes in der sogenannten **Europäischen Union**, die geplante Endlösung, der mit allen nur zur Verfügung stehenden legalen Mitteln begegnet werden muß.

E. G. Kögel schreibt im Sonderheft "Europa - Völkerbrei oder anthropologische Ordnung" (Seite 16-18): "**Unsere Verantwortlichen** legen zwar einen Amtseid ab, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden, doch der Eidbruch belastet sie nicht. Ihnen ist bekannt, daß dieser Eid kein einklagbarer Titel ist, sondern nur dekorativen Charakter hat. Sie sind stramme Diener ihrer Herren, mag das deutsche Volk dabei auch zugrunde gehen.

Ihr Auftrag ist die Bereitstellung von billigen Arbeitskräften zur Sicherung der Kapitalinteressen, zur Profitmaximierung und die Schaffung einer multikulturellen Gesellschaft, um endlich durch Umvolkung den Ihren Auftraggebern listigen Störenfried im Herzen Europas zu beseitigen. Dieser Vorgang vollzieht sich in abgewandelter Form in allen westeuropäischen Staaten. Denn nachdem die Auflösung des Volksbewußtseins im Leninschen Sinne nicht gelang, müssen wir erkennen, daß die Mächte, die zur Weltherrschaft drängen, versuchen, auf andere Weise konturlose, multikulturelle Massen zu schaffen, um ihnen ihren Willen aufzwingen zu können.

Das Gesetz von Ursache und Wirkung wird in diesem Staate auf den Kopf gestellt, so daß wir immer wieder unmißverständlich zum Ausdruck bringen müssen, daß die Überfremdungspolitik der Bonner Parteien nicht nur Verfassungs- und Eidbruch ist, sondern Betrug am Volk.

Die lebensfernen Geister lassen außer Acht, daß der Mensch von Geburt und Erbe her ein Gemeinschaftswesen ist. Eltern-Kind-Bindung, Geschwister-, Familien- und Sippenbindung. Stamm und Volk als die größte biologische Einheit sind Geburtsverbände, die dem menschlichen Geselligkeitsstreben vorausgehen. Und da Volk als genetisches Becken, aber auch als Sprach- und damit Denkgemeinschaft wirkt, ist sichergestellt, daß der Rahmen der Reaktionsbreite festliegt.

Die Bindung in den Willensverbänden läßt den Einzelmenschen Gemeinschaft erleben und begehren, was wiederum sein Gruppenverhalten prägt und in den Willensverbänden unterschiedlichster Art bis hin zum Staat seinen Niederschlag findet.

So können nur Systeme funktionsfähig sein, wenn alle Untersysteme ebenfalls funktionsfähig sind, ein Volk nur gesund sein, wenn seine Glieder gesund sind. Die USA können uns hier nicht als Vorbild dienen. Dort ist der bindungslose, zweckorientierte, nach persönlicher Glückserfüllung strebende Einzelmensch bestimmend. Rücksichtslosigkeit ist die Voraussetzung zum gesellschaftlichen Aufstieg, und der persönliche Reichtum und die damit verbundene Macht, sind Gradmesser der Werteskala.

Obwohl sich dieser Geist in den Führungsetagen internationaler Konzerne bei uns schon breitgemacht hat - Hemdsärmeligkeit und Umsatzsteigerung sind hier die Bewertungskriterien - und die Menschlichkeit verdrängt, bleibt zu hoffen, daß wir uns nicht instinktiv die Probleme der USA ohne Not ins Land holen, an denen die USA und andere dahinsiechen.

Wir haben nur die fatale Eigenschaft, alles besonders gründlich zu tun. So macht uns keiner den "totalen Krieg" von einst nach und heute den "totalen Liberalismus" und "totalen Materialismus" - aber auch nicht die "totale Kehrtwendung", so daß zu hoffen bleibt, daß Deutschland, aber auch Europa eine Antwort auf die Herausforderung unserer Tage findet.

### **BFB-Protest gegen das Holocaust-Denkmal**

Allein das Grundstück ist 600 Millionen wert. Mit beachtlichem Engagement kämpft der Ber-

liner Landesverband des "Bundes Freier Bürger" (BFB) unter der Führung seines Vorsitzenden Torsten Witt gegen den Bau des Holocaust-Denkmal. Eine Protest-Demonstration wurde veranstaltet außerdem eine Unterschriften-Aktion gestartet. In Flugblättern wird darauf hingewiesen, daß es in Berlin bereits 58 Gedenkstätten für jüdische NS-Opfer gibt.

"Der Staat hat angeblich kein Geld und schließt Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, kürzt Renten und Arbeitslosenhilfen. Für ein überflüssiges Schandmal aber sollen mehr als 650 Millionen Mark verschwendet werden, die jährlichen Folgekosten nicht berücksichtigt."

Nach Angaben des BFB beträgt allein der Grundstückswert des geplanten Denkmals rund 600 Millionen Mark (30.000 Mark je Quadratmeter). Erst kürzlich sei in Berlin das jüdische Museum eröffnet worden - dessen Baukosten lägen bereits bei 117 Millionen Mark. ...

*Eine Sünde gibt es auf Erden, uralt schon, doch ewig neu, untreu seinem Volk zu werden und sich selber ungetreu.* (Grabinschrift im Dithmarschen) ...<<

Am 2. Dezember 1990 gewann die vom "Kanzler der Einheit" geführte CDU/FDP-Koalition die gesamtdeutsche Wahl.

Am 18. Januar 1991 wurde die CDU-Bundestagsabgeordnete Angela Merkel (seit 2005 Bundeskanzlerin der CDU-CSU/SPD-Regierung) als Bundesministerin für Frauen und Jugend vereidigt.

Die Autorin Lena Sokoll veröffentlichte 14 Jahre danach auf dem trotzkistischen Online-Portal "World Socialist Web Site" folgenden Beitrag über die spätere Bundeskanzlerin Angela Merkel (x860/...): >>Die Karriere der Angela Merkel

### **Teil 1: DDR - Jugend und Einstieg in die Politik**

Die eben gekürte Kanzlerkandidatin der CDU wird gerne als Phänomen im deutschen politischen Betrieb beschrieben. Dies gründet sich zum einen auf Merkmale ihrer Person (geschiedene und in zweiter Ehe wieder verheiratete, kinderlose Frau, Protestantin, Ostdeutsche), die generell als untypisch und Karrierehemmnis in der konservativen Partei angesehen werden. Zum anderen herrscht ein öffentliches Bild von ihr, zu dem sie selbst aber auch ihre Förderer kräftig beigetragen haben, daß sie nach der Wende als Nobody oder völlig unbeschriebenes Blatt in die Politik gekommen sei und ohne Seilschaften und Beziehungen ihren sensationellen Aufstieg in die erste Liga der deutschen Politik vollzogen habe.

Fraglos hat Merkel eine beispiellose Karriere hingelegt, seit sie vor 15 Jahren Mitglied der CDU wurde, was ihr nicht zuletzt auch zahlreiche Feinde in den eigenen Reihen geschaffen hat: Anders als praktisch sämtliche anderen Vertreter der Parteispitze ist Merkel nicht durch jahre- und jahrzehntelange Arbeit in Jugend-, Orts- und Kreisverband der westdeutschen Union gegangen, um sich langsam Beziehungen aufzubauen, auf sich aufmerksam zu machen und sich für einen Listenplatz, ein Mandat und höhere Position zu empfehlen. Merkel ist statt dessen auf der Überholspur an ihren altgedienten westdeutschen Parteikollegen vorbei an die Parteispitze und auf den Posten der Kanzlerkandidatin gerast.

Die Physikerin Merkel hatte sich nach dem Mauerfall 1989 erstmals einer politischen Partei, dem Demokratischer Aufbruch (DA), angeschlossen, wurde jedoch bereits vier Monate später Sprecherin der ostdeutschen CDU-Regierung unter Lothar de Maizière. Nach der Wiedervereinigung 1990 holte Kanzler Helmut Kohl die damals 36-Jährige, die zu diesem Zeitpunkt erst seit einem halben Jahr CDU-Mitglied war, als Ministerin ins Kabinett. Mit der herben Wahlniederlage der Konservativen bei der Bundestagswahl 1998 verlor Merkel ihr Ministeramt, wurde aber noch im selben Jahr zur Generalsekretärin der CDU gewählt.

Ein gutes Jahr später betrieb sie anlässlich der CDU-Spendenaffäre aktiv die Absetzung des Ehrenvorsitzenden der Union, ihres einstigen Förderers Kohl, um im April 2000 selbst den Parteivorsitz zu übernehmen. Auch wenn sie bei der Bundestagswahl 2002 in der Frage der Kanzlerkandidatur noch gegen Edmund Stoiber zurückstecken muß, hat sie seitdem durch Personalentscheidungen und die Übernahme des Fraktionsvorsitzes im Bundestag ihre Macht-

position innerhalb der Union weiter ausgebaut und die parteiinterne Konkurrenz in Schach gehalten, so daß ihre diesjährige Kanzlerkandidatur zumindest nach außen unangefochten blieb.

Wie ist dieser rasante politische Werdegang Merkels zu erklären? Was brachte Merkel mit, daß sie nach einem halben Jahr CDU-Mitgliedschaft bereits ein Ministeramt besetzte? Versuche von Biografen und Feuilletonisten, ihre Karriere auf Zufall, Glück oder Charaktereigenschaften wie Durchsetzungsvermögen und Machtinstinkt zurückzuführen, bleiben hohl, weil sie die politischen und sozialen Interessen und Rahmenbedingungen ignorieren, unter denen ihr Aufstieg stattfand.

Merkel ist unmittelbar nach der Wende in der DDR keineswegs als unbeschriebenes Blatt ohne Beziehungen in die Politik gegangen. Durch ihren Vater verfügte sie über Zugang zu einflußreichen Kirchenkreisen, die enge Verbindungen zu den Spitzen der DDR-Regierung unterhielten und seit den fünfziger Jahren dazu beitrugen, politische Opposition gegen das stalinistische Regime unter Kontrolle zu halten. Während der Wende spielten diese Kirchenkreise eine zentrale Rolle dabei, die Protestwelle in Ostdeutschland in Bahnen zu lenken, die schließlich zur Restauration des Kapitalismus und zum Anschluß an die Bundesrepublik führten.

### **Herkunft aus DDR-Kirchenkreisen**

Geboren in Hamburg als Angela Dorothea Kasner wuchs Merkel im brandenburgischen Templin als Pfarrerstochter auf. Ihr Vater Horst Kasner war nach seinem Theologiestudium im Westen 1954 nach Ostdeutschland zurückgekehrt und leitete dort den "Waldhof", ein Fortbildungszentrum der evangelischen Kirche für Pfarrer und Prediger mit angegliedertem Pflegeheim. Ein geeigneter Ort, um in DDR-Kirchenkreisen Bekanntschaften zu schließen. Auf dem Waldhof lernte unter anderem Rainer Eppelmann, der spätere Gründer der Partei Demokratischer Aufbruch, in der nach der Wende Merkels politische Karriere beginnen sollte.

Merkels Vater zählte zu den Kirchenvertretern, die unter dem Schlagwort "Kirche im Sozialismus" einen Kurs vertraten, der Loyalität zu Regime und Kirche miteinander verband. In den frühen 1950-er Jahren hatte die SED einen "Kampf" gegen den Einfluß der Kirchen geführt, ab 1953 - unter dem unmittelbaren Eindruck des Arbeiteraufstands gegen den stalinistischen Staat - schlug die Ulbricht-Regierung allerdings einen vermittelnden Weg ein, mit dem versucht wurde, die kirchlichen Institutionen zur Herrschaftsstabilisierung einzusetzen und in das Staatssystem zu integrieren. Insbesondere die evangelische Kirche näherte sich dem Regime bald über den "Weißenseer Arbeitskreis" an, in dem auch Horst Kasner mitwirkte. Ab 1971 definierte sie sich schließlich offiziell als "Kirche im Sozialismus" und erhielt dadurch einen öffentlichen Einfluß, der für den gesamten Ostblock beispiellos war.

Mit zunehmender Annäherung zwischen Staat und Kirche und der wachsenden ökonomischen und innenpolitischen Krise der DDR übernahm die Kirche neben der Stabilisierung im Innern auch diskret diplomatische Funktionen im deutsch-deutschen Verhältnis. Über sie liefen seit den frühen 1960-er Jahren der Häftlingsaustausch und wesentliche Teile des finanziellen Transfers - höchst bedeutende politische Ost-Westkontakte, die sicherlich später den DDR-Kirchenkreisen den Weg in die gesamtdeutsche Politik erleichterten

Für Verhandlungen, Absprachen und das Ausräumen von Konflikten zwischen Kirche und Staat innerhalb der DDR unterhielten beide Seiten Vertreter - eine herausragende Rolle spielten hier der hochrangige evangelische Kirchenfunktionär Manfred Stolpe, einer der politischen Vordenker der "Kirche im Sozialismus", und der Staatssekretär für Kirchenfragen Klaus Gysi, Vater des PDS-Politiker Gregor Gysi. In Gysis Amtszeit konsolidierte sich das Verhältnis zwischen Staat und Kirche wesentlich und der Kirche wurden zahlreiche Privilegien zugestanden (u.a. kirchliche Sendungen in den Medien, Finanzausweisungen, Kirchenbauprogramme).

Eine weitere wichtige Mittlerinstanz fiel auch den Rechtsanwälten zu, die christliche Gruppen gegenüber dem Staat vertraten, gleichzeitig aber auch nicht selten Zuträger des Ministeriums für Staatssicherheit waren. Auch hier bekannte Namen: Lothar de Maizière und Wolfgang Schnur waren nicht nur aktive Christen und Stasi-Informanten, sondern später auch Merkels politische Förderer der ersten Stunde.

Aufgewachsen in solchen Kreisen, verfügte Angela Kasner schon früh über Beziehungen, die sie zu ihrem Vorteil einsetzen konnte. So berichtet Wolfgang Stock in seiner autorisierten Merkel-Biographie, daß die Schulklasse der damaligen Abiturientin ihren unbeliebten Lehrer ärgern wollte, indem sie keinen Beitrag zum obligatorischen Kulturprogramm der Schule vorbereitete und schließlich eine improvisierte Vorstellung gab. Die Schüler sollten bestraft werden, doch eine Intervention der Kasners gab dem ganzen eine Wendung:

"Eine Petition wird verfaßt, die Angela persönlich zu Manfred Stolpe, dem obersten Kirchenjuristen der DDR, nach Berlin ins Stefanusstift bringt. ... Dank der Kirchenschiene greift 'Berlin' ein: Angelas Klassenlehrer wird gemäßregelt, ... die Schüler bekommen 'nur' einen Verweis beim 'Fahnenappell'."

Nach dem Abitur studierte Angela Kasner Physik, heiratete und wurde an der Berliner Akademie der Wissenschaften aufgenommen, wo sie 1986 promovierte. In ihrer Studienzeit war sie Sekretärin für Agitation und Propaganda der regimetreuen Jugendorganisation FDJ, ein Amt, das sie inzwischen gern als "Kulturbeauftragte" bezeichnet.

Ein Stasi-Spitzel am Institut, der vorrangig den Dissidentensohn Ulrich Havemann beobachten sollte, gab auch über seine Bürokollegin Merkel Auskunft. Von einem inneren Widerstand gegen die SED-Herrschaft, den Merkel in ihren autorisierten Biographien und Interviews zu ihrer Geschichte herauszustellen versucht, kann nach der Stasi-Quelle keine Rede sein. So recherchierte die Zeitschrift "Stern" in den Archiven: "IM Bachmann berichtet nichts politisch Brisantes, im Gegenteil, ein ums andere Mal hebt er Angelas 'positive politische Grundeinstellung' hervor. Ansonsten berichtet er vor allem Privates, Persönliches. Aus ihrem kleinen, sicheren Leben eben."

Die wachsende Protest- und Widerstandsbewegung in der DDR des Jahres 1989 interessierte Merkel zunächst offenbar nicht. "Ach, mal gucken, was draus wird", soll sie einem Institutskollegen geantwortet haben, der nicht verstehen konnte, daß jemand in diesen Tagen nicht auf die Straße oder zu politischen Versammlungen ging. Erst als die Mauer geöffnet und der Machtverlust der SED unübersehbar geworden war, begann sie sich politisch neu zu orientieren und begab sich auf die Suche nach einer Partei.

Die evangelische Kirche und ihre Vertreter hatten angesichts des Massenprotestes gegen das Regime eine Schlüsselrolle gespielt, einen offenen Aufstand zu verhindern und die Opposition zu kanalisieren, um eine geordnete Umwandlung der unhaltbar gewordenen politischen Ordnung herbeizuführen. Die sogenannten Runden Tische unter kirchlicher Moderation wurden eingerichtet, um den Systemwechsel zu ermöglichen, ohne daß die Arbeiterklasse direkt mit den stalinistischen Schergen abrechnete und sich eigene, unabhängige Vertretungen aufbaute. Die Kirchen riefen zur prinzipiellen Gewaltlosigkeit auf und sorgten sich vor allem um die Wahrung des sozialen Friedens.

Damit leisteten sie nicht nur der SED im Rahmen der altbewährten Kooperationsgemeinschaft Kirche-Staat einen letzten Dienst, sondern handelten auch im Interesse der westdeutschen Bourgeoisie und ihrer politischen Parteien, die wiederum ihre guten Kontakte zu ostdeutschen Kirchenvertretern nutzten, um das Schicksal der DDR schnell und zu Gunsten des westdeutschen Kapitalismus zu entscheiden. Bei allen sonstigen Differenzen zwischen dem politischen Führungspersonal in Ost- und Westdeutschland gab es hier eine grundlegende Gemeinsamkeit, die beide auch mit der Kirche teilten: Eine tiefe Abneigung gegenüber selbstständigen Regungen in der Bevölkerung, die sich aus der Angst vor einer für sie unkontrollierbaren re-

volutionären Entwicklung in der Arbeiterklasse speiste.

Auch die 1989 neu entstandenen Parteien in der DDR waren größtenteils von Kirchenvertretern oder kirchennahen Persönlichkeiten gegründet worden, ebenso kamen bei der personellen Erneuerung der ehemaligen Staatsparteien zahlreiche Personen mit Kirchenverbindungen an die Spitze.

### **Der Beginn einer politischen Karriere**

Angela Merkel schloß sich im Dezember 1989 dem Demokratischen Aufbruch (DA) an, der von den Pastoren Rainer Eppelmann und Friedrich Schorlemmer sowie dem Vertrauensanwalt der evangelischen Kirche in der DDR Wolfgang Schnur gegründet worden war. Bereits zwei Monate später avancierte sie zur Pressesprecherin des DA, der für die schnelle Einführung des Kapitalismus in Ostdeutschland eintrat und sich politisch an der westdeutschen CDU orientierte.

Bei den ostdeutschen Parlamentswahlen im Frühjahr 1990 trat der DA gemeinsam mit der Ost-CDU in dem von Helmut Kohl initiierten Parteienbündnis "Allianz für Deutschland" an und erfüllte dort im Wesentlichen die Funktion, der Ost-CDU - die wegen ihrer Geschichte als ehemalige Blockpartei und damit Stütze des stalinistischen Regime weitgehend diskreditiert schien - den Anstrich eines Neuanfangs und Bruchs mit alten Traditionen zu verleihen.

Der DA erhielt - nicht zuletzt weil sein Spitzenkandidat Schnur kurz vor der Wahl als langjähriger Stasi-Spitzel enttarnt wurde - lediglich 0,9 Prozent der Stimmen, doch die Ost-CDU, ihr Bündnispartner, wurde wider eigene Erwartungen stärkste Partei. Deren Spitzenmann Lothar de Maizière wurde damit Ministerpräsident der letzten DDR-Regierung, die ihre wichtigste Aufgabe in der Auflösung des Staates und dem Anschluß an die Bundesrepublik sah.

Lothar de Maizière war langjähriges Mitglied der Ost-CDU, aber erst kurz vor der Wahl an die Parteispitze getreten. In der letzten SED-Regierung unter Hans Modrow hatte der Jurist das Amt des Ministers für Kirchenfragen inne, gleichzeitig verfügte er über hervorragende Kontakte zur politischen Elite Westdeutschlands: Sein Onkel Ulrich de Maizière hatte nach dem Zweiten Weltkrieg in maßgeblicher Position die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik organisiert und u.a. das Amt des Generalinspektors der Bundeswehr bekleidet.

So war es wohl mehr als ein glücklicher Zufall, daß Merkel am Tag der Volkskammerwahl die Wahlparty des DA schnell verließ, um sich auf der Feier der CDU an Thomas de Maizière, Cousin von Lothar und Sohn von Ulrich, mit der Bitte um Postenvergabe in der neuen Regierung zu wenden.

"Sie können glücklich sein, daß Sie so feine Kerle wie uns vom 'Demokratischen Aufbruch' in der 'Allianz für Deutschland' dabeihaben. Ich hoffe doch, daß das bei der Regierungsbildung anständig berücksichtigt wird", hat sie nach eigenem Bekunden dem Vertreter der in Ost und West einflußreichen Familie gesagt, der später selbst CDU-Landesminister in Sachsen werden sollte. Lothar de Maizière, der auch mit Merkels Vater bekannt war, griff Merkels Wunsch nach einem hohen Amt auf und machte sie zu seiner Regierungssprecherin.

Der DA löste sich im August 1990 in die Ost-CDU auf, die sich wiederum anläßlich der Wiedervereinigung im Oktober desselben Jahres in die West-CDU auflöste. Merkels Job war gemeinsam mit der DDR verschwunden, doch die wenigen Monate hatten gereicht, um ihre Kontakte auszubauen und zu festigen. Zum engsten Kreis um Lothar de Maizière gehörte sie gemeinsam mit Günther Krause, der als Parlamentarischer Staatssekretär die Währungs- und Wirtschaftsunion mit der Bundesrepublik aushandelte. Empfehlungen von Krause und de Maizière brachten ihr eine Einladung zu Kohl ins Bonner Kanzleramt. Krause verschaffte ihr als CDU-Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern einen Wahlkreis bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990.

## **Die Karriere der Angela Merkel**

### **Teil 2: BRD - Von Kohls "Mädchen" zur Kanzlerkandidatin**

Kohls Versprechen "blühender Landschaften" im Osten verhalfen der CDU bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990 zum Wahlsieg. Kaum ein Jahr nach ihrem Eintritt in den Demokratischen Aufbruch (DA), nach nur sechs Monaten Mitgliedschaft in der CDU, wurde Merkel im Januar 1991 als Ministerin für Frauen und Jugend im Kabinett Kohls vereidigt.

In ihrer Zeit als Kabinettsmitglied ließ Merkel kaum eine Gelegenheit aus, ihrem mächtigen Förderer Kohl als "Vater der Einheit" zu huldigen. Sie schloß sich keiner Parteifraktion an, stützte aber im Wesentlichen die Forderungen der rechtsten Elemente innerhalb der Konservativen. So stellte sie sich in der Debatte um die Neufassung des Abtreibungsparagraphen 218 hinter die fanatischen Abtreibungsgegner in der Union, indem sie sich gegen eine Fristenlösung aussprach, forderte die Wiedereinführung von Kopfnoten für Fleiß und Betragen in den Schulen und schlug ernsthaft die Einführung des Schulfachs "Völkerkunde" als Mittel gegen rassistische Gewalt vor.

Schon in ihren frühen Jahren als bundesdeutsche Politikerin bewies Merkel, daß sie in der Lage war, Affären ihrer einstigen Förderer zu nutzen, um sich selbst im politischen Betrieb nach oben zu katapultieren und ihre Position in der Partei zu stärken. Lothar de Maizière, der nach der Wiedervereinigung Kohls Stellvertreter im Parteivorsitz geworden war, trat nach der Enthüllung des "Spiegel", daß er als Informant für die Stasi gearbeitet hatte, von seinem Amt zurück. Protegiert von Kohl - der sich mit loyalen Gefolgsleuten umgab und noch nicht ahnte, daß von der damals 37-jährigen Ostdeutschen, seinem "Mädchen", später eine Gefahr für ihn selbst ausgehen würde - wurde Merkel auf dem Dresdner Parteitag der CDU in das Amt der stellvertretenden Parteivorsitzenden gehoben.

Ein anderer wichtiger Förderer Merkels, Günther Krause, der inzwischen als Verkehrsminister in der Bundesregierung saß und u.a. die Deutsche Bundesbahn privatisierte, schien nach zahlreichen in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Fällen von persönlicher Vorteilsnahme im Amt für Kohl nicht mehr haltbar und wurde 1993 als Minister abgesetzt. Obwohl Krause hoffte, seinen CDU-Landesvorsitz in Mecklenburg-Vorpommern behalten zu können, setzte sich auch hier Merkel mit Kohls Rückendeckung durch und übernahm seinen Posten in dem Bundesland.

Bei der Bundestagswahl 1994 konnte die Kohl-Regierung noch einmal mit knappem Vorsprung ihre Macht verteidigen. Merkel blieb im Kabinett und rückte vom wenig beachteten und recht einflußlosen Frauenministerium zur Umweltministerin auf. Eine ihrer ersten Amtshandlungen bestand darin, den ihr untergeordneten Staatssekretär Clemens Stroetmann aus dem Ministerium zu entfernen. Der an sich schon ungewöhnliche Schritt erregte auch deshalb Aufsehen, weil Stroetmann sich bereits unter Merkels Vorgänger im Amt Klaus Töpfer einen Namen als kompetentester Mann im Umweltministerium erarbeitet hatte. Merkel wollte jedoch keineswegs einen "heimlichen Umweltminister" neben sich dulden.

Den Ruf einer Erfüllungsgehilfin der Atomindustrie erlangte Merkel, als sie 1995 gegen den massiven Widerstand in der Bevölkerung und den Protest des Landes Niedersachsen Atom-mülltransporte in das umstrittene Zwischenlager Gorleben durchsetzte. 7.600 Polizisten schützten den Castor-Transport im April 1995, und Merkel bezeichnet es noch in ihrer 2004 erschienenen Interviewsammlung "Mein Weg" als eine ihrer "größten Leistungen", in dieser Situation das "Gewaltmonopol des Staates" durchgesetzt zu haben. Ihr Biograph Stock notiert zur gleichen Frage Merkels Auffassung, daß ein "Grundübel in der westdeutschen Politik darin (liegt), daß diese immer wieder unentschieden war. 'Das hat nicht dazu geführt, daß das Anrennen gegen den Staat geringer geworden ist'."

Merkels gute Verbindungen zur deutschen Atomindustrie sind seit ihrer Zeit als Umweltmini-

sterin nicht abgerissen. Einer der wenigen konkreten Programmpunkte, den Merkel für ihre erwartete Kanzlerschaft bereits angekündigt hat, ist die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke.

### **An die Spitze der Union**

Als die Union bei der Bundestagswahl 1998 eine herbe Niederlage erfuhr und die Regierung von SPD und Grünen unter Schröder an die Macht kam, verlor Merkel ihr Ministeramt, setzte aber nun ihre parteiinterne Karriere fort. Noch im November des Wahljahres wurde sie von dem neuen Parteivorsitzenden Wolfgang Schäuble auf den Posten der CDU-Generalsekretärin gehoben.

Die Wahlniederlage ließ in der CDU heftige Spannungen an die Oberfläche treten, die sich über Jahre und Jahrzehnte hinweg entwickelt hatten und sich quer durch die Partei zogen, von der einfachen Mitgliedschaft bis in die Führung. Das schlechte Wahlergebnis wurde unionsintern weitgehend der Person Kohls angelastet - Ausdruck der enormen Unzufriedenheit mit dem Parteichef, der es über seine gesamte 16-jährige Regierungszeit hinweg immer meisterhaft verstanden hatte, sich mit loyalen Gefolgsleuten zu umgeben und seine zahlreichen Kritiker in der Partei praktisch auszuschalten. Nach dem Regierungsverlust sah sich Kohl gezwungen, die Führung der Partei in die Hände von Wolfgang Schäuble zu übergeben, gleichzeitig ließ er sich in das eigens für ihn kreierte Amt des "Ehrevorsitzenden" befördern.

Daß Schäuble - mit ausdrücklicher Billigung Kohls - gerade Merkel zur Generalsekretärin machte, hatte dabei sichtlich wenig mit ihrer Eignung für das Amt zu tun. Merkel war zwar nunmehr knapp acht Jahre Kabinettsmitglied der Regierung Kohl gewesen, aber auch ebenfalls seit nur acht Jahren CDU-Mitglied, was sie kaum für eines der höchsten Führungsämter in der Partei qualifizierte. Schäubles Wahl stellte vielmehr einen Versuch dar, die internen Kämpfe zu beruhigen und die verschiedenen Fraktionen innerhalb der Partei in Schach zu halten, indem er ihnen eine amorphe Generalsekretärin vorsetzte, die aus keinem der mächtigen westdeutschen "Ställe" der Union kam und sich keiner bestimmten Fraktion fest angeschlossen hatte.

Teile der Partei drängten auf eine politische Neupositionierung der CDU und einen Bruch mit Kohl, der sich auch deshalb über vier Amtszeiten an der Macht halten konnte, weil er hohe Staatsausgaben in Kauf nahm, um einen gewissen Interessensausgleich und den sozialen Frieden im Land zu wahren. Doch auch nach dem Ende seiner Kanzlerschaft behielt Kohl durch sein engmaschiges Netzwerk innerhalb der Union die Fäden in der Hand und der neue Vorsitzende Schäuble setzte lediglich auf langsame und vorsichtige Veränderungen in der Programmatik. Eine Gelegenheit, mit Kohl und seiner Politik radikal aufzuräumen, ergab sich jedoch bald mit der sogenannten "Spendenaffäre" der CDU.

Gegen Ende des Jahres 1999 erfuhr die Öffentlichkeit, daß die Union über Jahre hinweg auf geheimen Konten "Spenden" - offenkundig Bestechungsgelder aus der Wirtschaft - in Millionenhöhe versteckt hatte. Über Wochen hinweg brachten Presse und die ermittelnde Staatsanwaltschaft immer neue Vorwürfe und Enthüllungen ans Licht und schnell wurde deutlich, daß es sich nicht nur um ein korruptes Gebaren Einzelner handelte, sondern um ein kriminelles System: Große Geldeinnahmen der Partei wurden im Rechenschaftsbericht nicht deklariert, ihre Herkunft und Zweckbestimmung vertuscht und die so versteckten Schmiergelder genutzt, um bestimmten Personen eine finanzielle Erkenntlichkeit von seiten der Partei zukommen zu lassen oder sie im "Kampf gegen die Linke" flexibel einzusetzen.

Mit den fortschreitenden Enthüllungen geriet Helmut Kohl massiv unter Druck und gab schließlich im Dezember 1999 während einer Talkshow zu, daß er persönlich auch Millionen Spenden entgegengenommen hatte, weigerte sich aber beharrlich, die großzügigen Gönner zu benennen. Die Empörung gegenüber Kohl und den Machenschaften in der Unionsführung wuchs in der Öffentlichkeit wie in der CDU-Mitgliedschaft, und der zuvor unantastbare Eh-



renvorsitzende konnte zum Abschluß frei gegeben werden.

Merkel erkannte und ergriff die Gelegenheit der Spendenaffäre, um nicht nur Kohl sondern auch seinen zögerlichen Nachfolger Schäuble loszuwerden und sich selbst an die Spitze der neu aufstrebenden Kräfte in der Partei zu setzen.

Sie plazierte ohne Rücksprache mit dem Vorsitzenden Schäuble einen Artikel in der "FAZ", in dem sie im Namen der Partei auf Distanz zu Kohl ging, und stellte sich auf diesem Weg in der Öffentlichkeit als diejenige Vertreterin in der Parteiführung dar, die am deutlichsten mit dem "System Kohl" aufräumen wollte.

Anfang des Jahres 2000 mußte Schäuble sein Amt als Parteivorsitzender niederlegen, nachdem bekannt geworden war, daß auch er einen Geldkoffer von dem Waffenlobbyisten Karlheinz Schreiber angenommen hatte, und auch Kohl sah sich gezwungen vom Ehrenvorsitz zurückzutreten.

Zur Vorbereitung ihrer Kandidatur um den nun frei gewordenen Parteivorsitz ließ sich Merkel auf Regionalkonferenzen der Union von der Basis feiern und schlug damit ihre Konkurrenten Volker Rühle, Jürgen Rüttgers und Kurt Biedenkopf aus dem Rennen. Frenetisch wurde sie auf dem Wahlparteitag von einer Mitgliedschaft bejubelt, die von schmutzigen Geschäften nichts mehr hören wollte.

Merkels Fähigkeit, die "Ära Kohl" auch innerhalb der Union zu beenden, zeigte sich allerdings vielmehr in der programmatischen Neuausrichtung der Partei als in der Bereitschaft, die weitreichende Korruptionsaffäre aufzuklären. Tatsächlich wurde mit ihrer Wahl zur Parteivorsitzenden ein Schlußstrich unter den Skandal gezogen, der die CDU zu zerreißen drohte. Bis heute sind der Öffentlichkeit die anonymen "Spender" und die Verwendung vieler Gelder nicht bekannt, bis heute ziehen sich Teile der Parteispitze, die mit größter Wahrscheinlichkeit in die Machenschaften verwickelt waren - wie der hessische Ministerpräsident Roland Koch - darauf zurück, von nichts gewußt zu haben. Helmut Kohl wurde von Merkel bereits im Herbst 2000 anläßlich der Feier zum 10. Jahrestag der Wiedervereinigung rehabilitiert.

Programmatisch setzte sich die CDU jedoch von dem Mann ab, der in seiner Zeit als Kanzler "blühende Landschaften" versprach und angesichts der zu erwartenden Opposition in der Bevölkerung davor zurückschreckte, harte Einschnitte in den Sozialsystemen vorzunehmen. In Hinblick auf die rigorose rot-grüne Umverteilungs- und Sparpolitik auf Kosten der Masse der Bevölkerung ist Kohl rückblickend oft als "letzter Sozialdemokrat" bezeichnet worden. In der Union sind nach seinem Abgang vor allem die Kräfte emporgekommen, die eine noch rücksichtslosere Politik einfordern und einer unbegrenzten Bereicherung der Elite das Wort reden. Mit Merkel haben sie eine Vertreterin, die persönlich einen rasanten materiellen und machtpolitischen Aufstieg hinter sich hat und sich darüber hinaus in keiner Weise an alte sozialstaatliche Traditionen der Bundesrepublik gebunden fühlt.

Merkels mißlungene Kandidatenkür im Wahljahr 2002, als sie gegen den CSU-Chef und bayrischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber unterlag, ist auch darauf zurückzuführen, daß die Union zu diesem Zeitpunkt noch lieber einen Kandidaten ins Rennen schicken wollte, der vergleichsweise gemäßigt auftrat und als Führer einer tatsächlichen Volkspartei in seinem Bundesland mit dem Austarieren verschiedener Interessen vertraut war. Nun, da die Wahl 2005 für die CDU so gut wie gewonnen scheint, konnte Merkel unbehindert ihre Kanzlerkandidatur durchsetzen, obwohl sie für ein Programm steht, das "den veränderungsscheuen Deutschen noch Hören und Sehen vergehen" läßt, wie die "Zeit" kommentierte.

### **Politische Positionen**

Es fällt schwer, in Merkels Biographie politische Grundkonstanten oder feste Überzeugungen auszumachen. Die Politikerin Merkel ist während ihrer ganzen Karriere gut damit gefahren, in ihren Positionen und Allianzen flexible zu sein und die Gunst der Stunde zu nutzen, um sich neu zu orientieren. In Stocks autorisierter Biographie auf Interviewbasis findet sich viel Bana-

les, politische Standpunkte dagegen sind rar gesät. Auffällig ist allerdings, wie Merkel sich im Verlauf ihrer erzählten Biographie immer wieder von allem heftig distanziert, was sie als "basisdemokratisch" oder "egalitär" auffaßt - sei es in Bezug auf Kirchengruppen, Parteiorganisationen oder Atomkraftgegner - und den durchsetzungsstarken Staat mit seinem "Gewaltmonopol" hochhält.

Hier lag auch der Grund, warum sich Merkel als CDU-Generalsekretärin anfänglich gegen die Unterschriftenkampagne der hessischen CDU im Landtagswahlkampf 1999 stellte - nicht der äußerst rechte, rassistische Charakter der Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft ließ sie zögern, Kochs Initiative zu unterstützen, sondern ihre Abneigung gegen "Basisdemokratie" und die Vorstellung, die Bevölkerung könne sich animiert fühlen, in der Politik ein Mitspracherecht einzufordern, das über die turnusmäßigen Wahlen hinausgeht. Letztendlich ließ sie sich jedoch von den rechtsten Elementen in der Partei überzeugen und ebnete der ausländerfeindlichen Aktion den Weg.

Seitdem Merkel begonnen hat, ihre Kanzlerkandidatur vorzubereiten, sind ihre politischen Positionen insgesamt klarer hervorgetreten, auch wenn sie weiterhin die Strategie verfolgt, konkreten Fragen auszuweichen und sich nach Möglichkeit wenig festzulegen. Verschiedene kontroverse Debatten zur deutschen Innen- und Außenpolitik machten es in der vergangenen Zeit jedoch unumgänglich, daß sie in bestimmten Fragen Standpunkte bezog, die allgemein ihre Orientierung an äußerst rechten politischen Konzeptionen verdeutlichen und einen Ausblick auf das geben, was von einer Merkel-Regierung zu erwarten ist.

Merkels Vorstellungen in der Sozial- und Wirtschaftspolitik lassen sich in ihrer Forderung nach "Entfesselung der Marktkräfte" zusammenfassen. Sie strebt eine Fortführung und deutliche Verschärfung der rigorosen Umverteilungs- und Kürzungspolitik an, die unter der Schröder-Regierung eingeleitet wurde, u.a. durch Ausbau des Niedriglohnsektors, ein "stärkeres Bekenntnis zu Eliten", umfassende Privatisierungen, "Flexibilisierung" des Arbeitsrechts sowie "Wettbewerb" und "Eigenverantwortung" bei den Sozialleistungen.

Die Debatte um die Neuordnung der gesetzlichen Krankenversicherung warf ein Schlaglicht auf die politischen Konzepte, die Merkel vertritt. Sie profilierte sich als vehementeste Befürworterin der sogenannten Kopfpauschale, wonach der am Einkommen orientierte Beitrag abgeschafft und pro Kopf ein fester Beitrag zur Deckung der Gesundheitskosten abgeführt werden soll.

In ihrem 2004 erschienenen Interviewband "Mein Weg" erklärt Merkel, daß die gesetzliche Begrenzung auf einen zehnstündigen Arbeitstag in Deutschland abgeschafft werden müsse, da "die Betriebe mehr Freiheiten brauchen, um auf die veränderten Wettbewerbsbedingungen zu reagieren". Ohne eine Änderung dieser Gesetze müsse sich "manch einer, nachdem er sich per Stechuh schon in den Feierabend abgemeldet hat, wieder illegal an seinen Arbeitsplatz zurückkehren". Eine Arbeitszeit von "15 Stunden täglich" müsse man ja nicht sein Leben lang ableisten, aber legal und akzeptiert soll dies nach Merkels Auffassung allemal sein.

Die Freiheit, die Merkel den Arbeitern zu bieten hat, sieht so aus: "Ich werde dieses Verständnis für Veränderungen ... nur schaffen, wenn ich dem Einzelnen mehr Entscheidungsoptionen öffne. Daher ist es aus unserer Sicht so wichtig, daß der Arbeitnehmer selbst entscheiden kann, ob er eine Stunde länger arbeitet oder etwas weniger Geld verdient, damit der Betrieb nicht nach Polen verlagert wird." Gleichzeitig verteidigt sie die Entscheidung des Deutsche-Bank-Chefs Josef Ackermann, Entlassungen vorzunehmen, um die Kapitalrenditen auf 20 bis 30 Prozent zu steigern, da nur so "eine Übernahme durch ausländische Konkurrenten zu verhindern" sei.

Ein solches Programm, das de facto eine Kriegserklärung an die arbeitende Bevölkerung ist und zwangsläufig auf heftige Ablehnung stoßen wird, erfordert eine Aufrüstung im Innern, um den Widerstand dagegen zu brechen. Es ist daher nur konsequent, daß Merkel seit genau-

mer Zeit mit Nachdruck dafür plädiert, die Verfassung zu ändern, damit die Bundeswehr im Innern eingesetzt werden kann.

### **Orientierung an der Bush-Regierung**

Auch außenpolitisch kann sich das Aufgabengebiet des deutschen Militärs nur vergrößern. Merkels Orientierung an der amerikanischen Politik wurde erstmals im Vorfeld des Irakkriegs überdeutlich, als sie sich demonstrativ an Bushs Seite stellte und jede Lüge aus Washington bereitwillig nachplapperte.

Als Umfragen zufolge über 80 Prozent der deutschen Bevölkerung den kommenden Krieg ablehnten und gerade eine Woche zuvor weltweit die größte Antikriegsdemonstration der Geschichte stattgefunden hatte, sprang sie der Bush-Regierung bei Seite, indem sie am 22. Februar 2003 in der "Washington Post" einen Artikel mit der Überschrift "Schröder spricht nicht für alle Deutschen" veröffentlichte, und damit speichelleckerisch ihre Visitenkarte als bessere Kanzlerin im Weißen Haus abgab.

Ihre Haltung hat sich seitdem nicht verändert. Noch heute erhebt Merkel den absurden Vorwurf, daß letztlich Schröder Verantwortung für den Irakkrieg trage, weil er sich nicht um Einigkeit mit den USA und Großbritannien bemüht habe, Hussein daher "Katz und Maus" mit der internationalen Staatengemeinschaft habe spielen können und dies "das Eingreifen der Amerikaner ... leider unvermeidbar gemacht" habe. Dementsprechend soll es unter ihr keine "Achse" Paris-Berlin-Moskau geben, statt dessen ein stärkeres Zusammengehen mit den pro-amerikanisch regierten osteuropäischen EU-Mitgliedern, um sich in militärischen und sicherheitspolitischen Fragen besser mit den Vereinigten Staaten abzustimmen.

Merkel steht firm an der Seite Bushs, um "mit militärischer Härte und politischer Klugheit an einer Weltordnung zu arbeiten, in der der Terrorismus keine Chance hat". In diesem Sinne tritt sie dafür ein, das Völkerrecht "weiterzuentwickeln", um den Präventivkrieg zu legitimieren. "Denn daß Situationen auf uns zukommen können, in denen präventiv eingegriffen werden muß, beispielsweise um den Einsatz von Massenvernichtungswaffen zu verhindern, daran zweifle ich nicht", erklärt Merkel zu einem Zeitpunkt, an dem die Lüge zur Begründung des Irakkriegs längst in sich zusammengebrochen ist, aber ein Kriegsgrund gegen den Iran, Nordkorea oder andere Länder noch fabriziert werden muß.

Zweifellos ist Merkel bereit, es der Bush-Regierung gleich zu tun, und nach Außen und Innen Krieg zu führen. Eine stabile Regierung wird sie mit diesem Kurs allerdings nicht führen können: Auch wenn die Union bei der kommenden Wahl stärkste Partei werden sollte, ist diese Politik weit davon entfernt, in der Bevölkerung mehrheitsfähig zu sein, und wird unvermeidlich auf Widerstand stoßen, auch in ihrer eigenen Partei. Der rasante Aufstieg Merkels könnte ein plötzliches Ende finden.<<